

# Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 44

Duisburg, den 29. Oktober 1932

33. Jahrgang

## Klassenkampf oder nationale Arbeitspolitik

**E**s ist notwendig, gerade heute, im Zeitalter der Notverordnungen der Regierung Papen, über diese Frage zu reden. Nichts ist mehr zuschanden geritten worden in den letzten Jahren als die Begriffe „Klassenkampf“ und „national“. Keine Regierung der letzten Jahre hat sich schärfer gegen das erste und mehr für das zweite ausgesprochen als die Regierung Papen. Man darf sogar sagen: mit anerkanntem Eifer. Dennoch möchte man die Befürchtung aussprechen, ob über dem vielen Reden nicht die Tat etwas in den Hintergrund getreten ist. Wer den Klassenkampf bannen will, muß die Wege dazu verlegen. Das dürfte aber kaum möglich sein über die Notverordnungen dieser Regierung, welche in der einseitigen Verteilung der Lasten zuungunsten der Arbeiterschaft der Klassenkampfstimmung weiteren Nährboden verschafft hat.

Ein Radikalismus beginnt sich breitzumachen, der nicht nur bei den kommenden Wahlen einen ziffernmäßigen Ausdruck finden dürfte. Das ist im Interesse der Nation nur zu beklagen. Den Radikalismus etwa damit zurückdrängen zu wollen, daß man den mancherorts gewünschten Plan eines Verbots der KPD. durchführte, hieße an den Tatsächlichkeiten des Lebens einfach stur vorbeigehen.

Den Radikalismus dämmt man nicht ein durch Verbote. Das mußte schon Bismarck in der Ära des Sozialistengesetzes erfahren. Das geschieht nur dadurch, indem man den Staat und die Wirtschaft auf den Boden der sozialen Gerechtigkeit stellt.

Auch der Regierung dürfte das bedenkliche Gären und Brodeln unten nicht unbekannt sein. Der befindet sich in arger Täuschung, der diese Tatsache mit dem Vorhandensein radikaler Agitatoren abtun will. Der radikalste Agitator ist leider das Notverordnungs-system der Regierung selbst. Auch die geringen Besserungen vom 19. Oktober können noch keine entspanntere Atmosphäre schaffen, dafür sind die vorhandenen Ungerechtigkeiten der Notverordnungen zu groß.

Die Regierung hat nicht viel Zeit zu verlieren. Ein politisches Spiel wie in den letzten Monaten dürfte nach dem 6. November zu bedenklichen Folgen führen. Es ist nun einmal eine — der Regierung sicherlich nicht unbekannt — Erscheinung, die sich häufig in der Geschichte zeigte: Nach der Auserstehung radikaler und revolutionärer Ideen stehen gewöhnlich die Pflastersteine von selbst auf.

Der ist nicht wahrhaft national, der solchen Zuständen nicht mit allen berechtigten Mitteln den Weg verbauen würde. Die Mittel dazu liegen aber nicht in diktatorhaften Angelegenheiten, sondern in einer Vereinerung der sozialen Atmosphäre. Wer den Ärmsten etwas nehmen will — und so etwas begründet mit der Not des Vaterlandes —, muß zunächst den besitzenden Schichten mehr genommen haben. Die Regierung Papen kann nicht von sich behaupten, daß sie so handelte. Monatelang

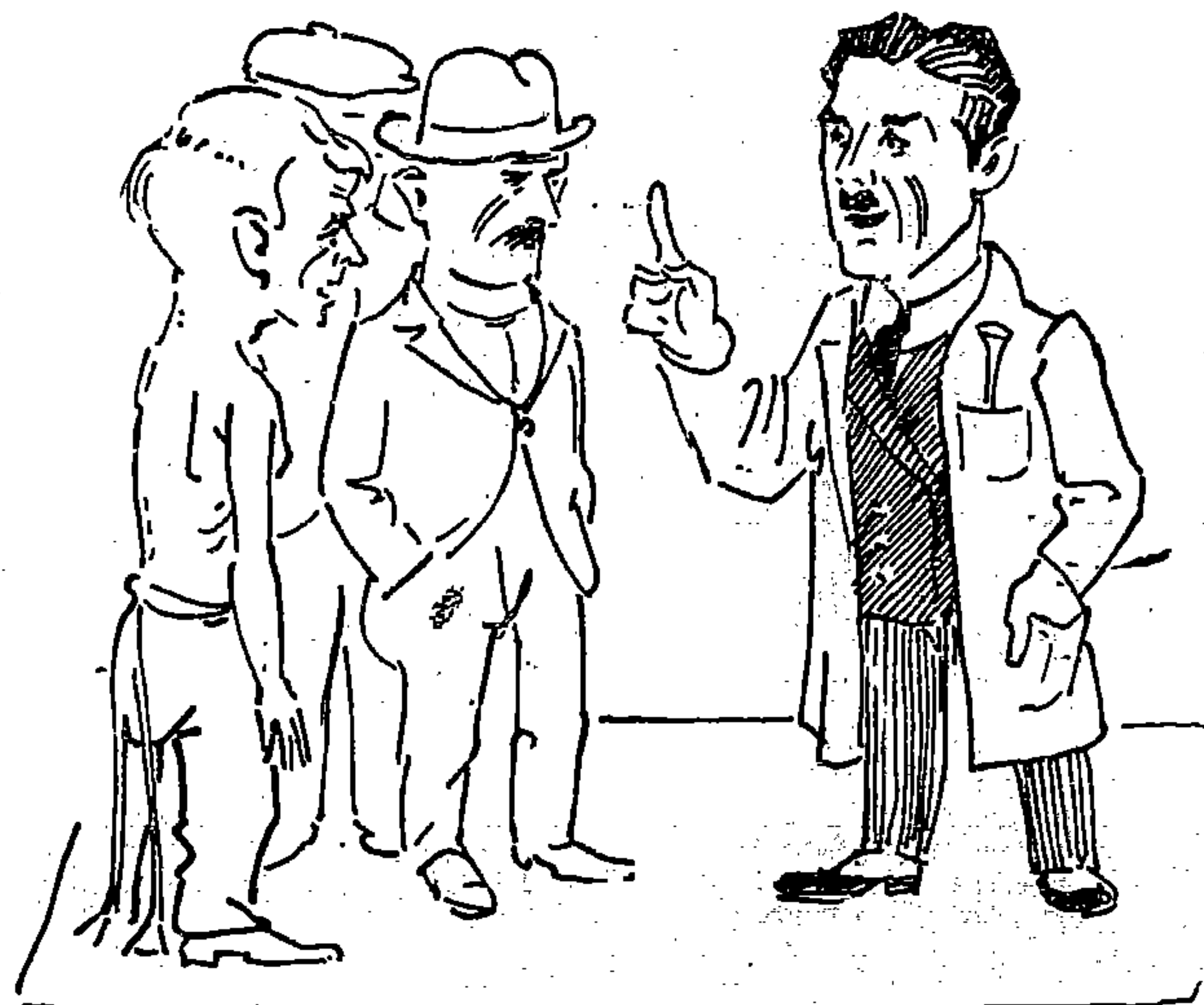
wird geredet von dem Abbau überhöhter Gehälter. Gehandelt gegen einen Abbau wenden sich die der Regierung nahe stehenden Blätter, wie z. B. die „Berliner Börsenzeitung“ vom 15. Oktober, welche geradezu warnend schreibt:

„Man kommt dann zu dem Resultat, daß man mit der Durchführung der erwähnten Bestimmungen (Abbau der Spitzgehälter. Die Red.) nicht nur Ruhen, sondern ... schweren Schaden anrichten kann, daß man den in Frage stehenden Betrieben nicht Ersparnisse, sondern möglicherweise das Gegenteil, nämlich Verluste beschert.“

Also bei überhöhten Gehältern kein oder kein nennenswerter Abzug, dagegen jeder Abzug beim an sich kargen Lohn. Glauben denn wirklich Männer, daß mit solchen Mitteln dem Klassenkampfgedanken wirksam begegnet werden könnte!

Es gehört zur Lieblingsphraseologie mancher Schichten in Deutschland, alle Gewerkschaftsrichtungen, ganz unbedenklich welcher Weltanschauungsgrundlage, als Klassenkämpfer darzustellen. Vor allem auch die christlichen Gewerkschaften. Zuletzt versuchte das Herr Holtermann vom Bergbaulichen Verein in einer mehr wort- als geist- und wahrheitsreichen Broschüre.

## Doctor Coué in Deutschland



Arbeiter! Ihr müßt euch nur immer wieder vorsagen: „Es geht uns täglich besser und besser!“

Kanzler! Wenn Sie gerechte Notverordnungen machen, geht es uns täglich wenigstens etwas besser.

Wie die christlichen Gewerkschaften zu den Fragen des Klassenkampfes und einer wirklichen nationalen Arbeitspolitik stehen, das mögen folgende Tatsachen beweisen.

\* \* \*

Das Jahr 1912 bedeutet für die christlichen Gewerkschaften das Bewußtwerden ihrer wirtschaftspolitischen Aufgaben. Die christlichen Gewerkschaften waren im Gegensatz zum Sozialismus geschaffen worden, weil die weltanschauliche Grundeinstellung der christlichen Arbeiterchaft in unüberbrückbarer Kluft von der materialistischen Weltanschauung des Sozialismus getrennt war. Die Verschiedenartigkeit in der Weltanschauung mußte selbstverständliche Auswirkungen haben auf die Einstellung zu wirtschaftlichen, betrieblichen, zu sozialpolitischen und volkspolitischen Aufgaben, zu Kapitalkräften, Privatinitiative, Persönlichkeit und Unternehmertum.

Es war bis 1912 ein zwar sicheres, aber mehr instinktgemäßes Handeln, das die christlichen Gewerkschaften bei dem Ringen um die Arbeiterrechte als Grundlage ihres Tuns leitete. Die Gewerkschaft galt als das notwendige Instrument zur Rechtsbarmachung der Arbeiterchaft. Ihre Aufgaben für Wirtschaft und Volkstum lagen jedoch erst noch im Dämmererschein eines Erfühlten.

Der Dresdener Kongreß der christlichen Gewerkschaften 1912 brachte mit Brauers Kühn vorstoßenden Ideen die vernünftige Maßnahme und mit großen Zielen in die Wirtschaft hineingreifende Deklaration der Organstellung der Gewerkschaften im Wirtschaftsganzen.

Die proletarische Vereinfachung, in die der Marxismus die Arbeiterchaft zu reißen drohte, die Loslösung von den tausend inneren, nichtgesehenen Adern der Verbundenheit mit dem Organismus des Volkes und seiner verschiedenen Schichten, die Stabilisierung des Klassenkampfgedankens als des „Rocher de bronze“ der sozialistischen Arbeiterbewegung machte die Gedanken des Dresdener Kongresses, daß eine Gewerkschaft ihre Zielsetzung weder in der Verabsolutierung ihrer Wünsche, noch in der Abgeschlossenheit von Volk und Wirtschaft finden könne, sondern daß die Gewerkschaft wesentliche volkswirtschaftliche und sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen habe, ja geradezu als Organ der Volkswirtschaft betrachtet werden müsse, zu einer der bedeutsamsten Proklamationen gegen den Marxismus. Man darf sagen, daß eine solche große und feierliche Form der Erklärung der Gebundenheit der Gewerkschaft an Volk und Wirtschaft einmalig in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung überhaupt dasteht.

Denn man erkannte es klar: Die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung mußte darin liegen, daß sie aus dem Nur-Konsumentenstandpunkte, den sie zwar weniger äußerlich, aber sehr oft innerlich vertreten hatte, daß sie aus der bloßen Lohninteressenpolitik heraussteigen müsse zum verantwortlichen Mitträger, der die Verbindung herstellen soll zwischen rationaler Arbeitswirtschaft und Menschheit in der Wirtschaft. Es mußte gelten, endlich allgemein den Sprung aus der Nur-Agitationsphäre in die Betriebsdemokratie zu tun, bei der die Gewerkschaften anders zur Produktionspolitik zu stehen hatten, als es vielfach in der Vergangenheit der Fall war.

Das war nicht nur eine Absage an den Klassenkampf, wie sie in großartigerer Art nicht gegeben werden konnte. Das war von der bürgerlichen Wirtschaftsgeellschaft aus gesehen eine Revolution des Geistes in größtem Ausmaße. Den Klassenkampf hatte die bürgerliche Wirtschaftsgeellschaft als ein mit der Industriewirtschaft verbundenes Wesensmal angesehen. Sie selbst handhabte den Klassenkampf mit der erschreckenden Virtuosität des Sklavenhalters in den ersten Jahrzehnten des Aufstieges der Industriewirtschaft. Aber ein kluger Instinkt hielt sie davon ab, dem Klassenkampf den Mantel der Wissenschaft umzuhängen und ihn als Notwendigkeit im Kapitalismus der Öffentlichkeit darzustellen. Das überließ sie dem Eifer der Sozialisten. Dem theoretischen

Bemühen dieser Menschen um wissenschaftliche Klarlegung der Klassenkampfidee unterschob die bürgerliche Wirtschaftsgeellschaft schnell und eindringlich die praktische Handhabung des Klassenkampfes. So entstand allmählich, aber in Zielsicherheit vorgetragen, der Gedanke vom „marxistischen Klassenkampf“, zu dem der Marxismus höchstens die „wissenschaftliche“ Fundierung, der Kapitalismus aber reichlich die Praxis zugesteuert hatte.

Der Klassenkampfgedanke machte die zwei Lager des Privatkapitalismus und der sozialistischen Masse verbunden und abgestoßen zugleich. Daß Einzelpersonlichkeiten anders dachten, ändert an dem Gesamtbild wenig.

Konnte das Großbürgertum überhaupt noch anders als im Klassenkampf denken? Das 19. Jahrhundert hatte, vom großbürgerlichen Geiste getrieben, eine Bestialität der Verachtung alles Hohen erwachsen lassen. Das Weisheitslose, der Reichtum wurde das „Ding an sich“. Das Band des Volkes wurde aufgelöst. Das Wesentliche des Klassenkampfes, Haß und Feindschaft, hatte reichlich Früchte getragen.

Dieser Verkrampfung im Klassenkampfgedanken setzte die christliche Gewerkschaftsbewegung ihre geschichtliche Sendung als eine Revolution im Geiste gegenüber. Denn Geschichte ist ja nicht nur Beharrung und Tradition, sie ist ebenso Bruch und Revolution. Eine alte Form fault ab, und neue Kräfte keimen in ihr. Aber die Form birgt sie noch als schützende Hülle. Aber dann werden die Kräfte groß, sie sprengen die Hülle, sprengen alte geistige Ordnungen und spannen die Bogen einer neuen Gerechtigkeit.

Das war die bedeutsame Tat des Dresdener Kongresses, dessen Wirkungen ausstrahlten in die Arbeitsgemeinschaft 1918, in das Sich-Stemmen gegen die Gesetze der politischen Revolution, in dem Ringen um eine neue geistige Fundierung der Beziehungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft.

So deklarierten die christlichen Gewerkschaften einen Wesensunterschied zwischen Klassenkampf und Interessengegensätzen und legten die Sicht klar für die Wege von der Klasse zum Stand. Das Ringen der Interessen in Volk und Wirtschaftskontrahenten ist älter als die geschriebene Geschichte. Ja, es ist sogar sinnvoll, wenn es ein Prozeß zur organischen Gesundung der Geellschaft ist. Die Unvermeidbarkeit der Interessengegensätze sollte aber, nach dem Willen der christlichen Gewerkschaften, in dem großen Strom der Verbundenheit aller Schichten ihr Regulativ und ihre Norm finden. Weder „Staat“ noch „Gemeinschaft“ können vom Boden des Klassenkampfes aus begriffen werden. Sie bleiben vom Klassenkampfstandpunkt aus betrachtet höchstens Produkte eines Gruppeninteresses, aber nicht auf das große Gesamte gerichtetes Wollen und sittliche Verpflichtung.

Eine sittliche Verpflichtung hieß die christlichen Gewerkschaften nicht eine Auseinandersetzung und einen Kampf schlechthin ablehnen — dann hätten sie ihrer Aufgabe selbst untreu werden müssen —, wohl aber den Haß, die Gewalt, die Feindschaft verwerfen. Die Austragung der Interessengegensätze soll — nach Ansicht und Wollen der christlichen Gewerkschaften — weder nach Zielsetzung noch nach Methode Haß und Feindschaft sein, sondern eine schöpferische Einigung, eine Synthese zugunsten eines höheren Dritten, einer sinnvoll geleiteten Wirtschaft und eines sinnvoll gestalteten Staatsganzen.

Auch bis 1912 hatten die christlichen Gewerkschaften Kämpfe aus rein agitatorischem Wollen, aus überspanntem, die Grenzen der Möglichkeit nicht sehendem Drängen abgelehnt. Sie setzten sich in manchen Gegensatz zu dem Arbeiterpartner der „anderen Couleur“. Die daraus erwachsenden Schwierigkeiten wurden nur noch übertroffen durch die Verständnislosigkeit, mit der das bürgerliche Lager diesen Kämpfen einer um volkspolitische Verbundenheit ringenden Gruppe zusah. Erst der gewaltige Eindruck des Essener Kongresses von 1920 zog Linien einer gewissen Klärung im bürgerlichen Lager gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung. (Schluß folgt.)

G. W.

# Ein viertel Teelöffel sozialer Medizin

Verordnung zur Ergänzung der sozialen Leistungen vom 19. Oktober



Die Notverordnungen der Regierung Papen vom 14. Juni und vom 4. September 1932 waren in ihrer sozialen Auswirkung und Ungleichheit ein Schlag gegen die deutsche Arbeiterschaft und die Rentenempfänger aus der Sozialversicherung gewesen. Während den bestehenden Schichten nicht nur keine Last auferlegt wurde, im Gegenteil, die Regierung Papen hielt es für angebracht, ihnen möglichst Erleichterungen zu gewähren, wird die ganze Schwere allein der Arbeiterschaft aufgebürdet. Ein Schrei der Entrüstung und des Entsetzens ging durch das sozial denkende Deutschland. In der Arbeiterschaft begann es bedenklich zu gären und zu brodeln. Nur die durch jahrzehntelange gewerkschaftliche Arbeit anerzogene Disziplin hielt sie davon ab, ihrem berechtigten Zorn durch Schritte Ausdruck zu geben, welche den deutschen Staat schlechthin vor die Existenzfrage gestellt hätten. Das wirkliche und tiefe nationale Denken und das wirtschaftliche Verantwortungsgesühl, ließ die deutsche Arbeiterschaft dennoch ihren geraden Weg, unbeeinflusst von den zu naheliegenden Radikalismen, gehen.

Die deutschen Gewerkschaften setzten alle Hebel in Bewegung, um wenigstens für einen Teil der unsagbar harten Notverordnungen eine Aenderung zu erzielen. In Besprechungen, in Eingaben, durch Proteste, durch Kundgebungen wurde auf die Regierung Papen einzuwirken versucht. Die Regierung selbst mußte einsehen, daß sie durch ihre Notverordnungen dem Kommunismus ein breites Bett gegraben hatte. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß auch der Reichspräsident selbst, erschüttert durch die Auswirkungen der beiden letzten Notverordnungen und veranlaßt durch den immer dringender werdenden Ruf der Gewerkschaften, ein Halt geboten hat.

Ohne die deutsche Gewerkschaftsbewegung wäre es zu einer Aenderung bestimmter Teile der bestehenden Notverordnungen nicht gekommen. Daß diese Aenderungen nicht nach dem Geschmach der sog. Herrenkaste sind, sollte keiner weiteren Worte bedürfen.

Die Notverordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen wurde am 19. Oktober bekanntgegeben. Sie stellt fest:

1. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.
2. Beseitigung von Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung (Notverordnung vom 14. Juni) ergaben.
3. Mehrleistungen in der Krankenversicherung.
4. Milderungen hinsichtlich der Kriegsofferrenten.

Die Verordnung bestimmt in ihren wesentlichen Teilen folgendes:

Die Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen bringt an erster Stelle eine Erhöhung der

### Arbeitslosenunterstützung

für den bevorstehenden Winter.

Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen 1 bis 4 mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 RM; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 und bei mehr als vier Angehörigen auf 4 RM. Arbeitslose, die einer höheren Lohnklasse als 4 angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse 4 einschließlich der Zulage nicht erreicht. Als Zulage wird in diesem Fall der Unterschiedsbetrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung außer Betracht bleibt.

Die neue Verordnung sucht ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der

### Ortsklasseneinteilung

der Notverordnung vom 14. Juni ergaben, zu beseitigen. Künftig werden alle Orte, die mehr als 50 000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. Ferner: bisher waren für

die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in zwei Gruppen geteilt, je nachdem sie mehr als 10 000 Einwohner oder weniger haben. Jetzt fällt diese Teilung fort. In allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern betrug.

Die neue Verordnung enthält eine weitere Vorschrift, wonach zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Ortsklassen und Gemeindegößen in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 ergeben, aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Betrag bis zur Höhe von 8 Millionen RM. verwandt werden kann.

### In der Krankenversicherung

waren durch die Notverordnungen sämtliche Mehrleistungen beseitigt. Die Wiedergewährung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen (im allgemeinen 5 v. H. des Grundlohnes) nicht übersteigt. Die neue Verordnung läßt in beschränktem Umfang Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Ueberschreiten des Höchstbetrages wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Beitragserhöhungen dafür werden im allgemeinen nicht notwendig sein.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 minderte alle Unfallrenten, auch die

### Renten für Unfälle.

Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereigneten, nicht mehr gekürzt werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahresarbeitsverdienst.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderungen hinsichtlich der

### Kriegsofferrenten

vor. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügligen 25 RM im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtag festgestellten Renten gelten. Schon die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte in Aussicht genommen, daß in der Rentenversicherung für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die gefehlenden

### Regelleistungen durch Mehrleistungen zu ergänzen.

Zur Ausführung dieser Vorschrift trifft die neue Verordnung die nötigen Bestimmungen. Danach wird die widerrufliche Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen. Ueber die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorschriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzusetzen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährdet. Die Invalidenversicherung wird daher leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können.

Die Arbeiterschaft sollte sich stets vor Augen halten, daß ohne den Sturm der Gewerkschaften diese Milderungen nicht gekommen wären. So beachtenswert diese durch die gewerk-

## Wer vergrößert die Not der Arbeiter und Bauern?



Die Junker, welche die Deutsche Grenze absperrten.

schaftliche Tätigkeit erzielten Verbesserungen sind, so müssen wir im Hinblick auf die gesamten Notverordnungen dennoch sagen: Auch diese Milderungen gehen nicht an den Kern der Sache heran. Sie sind in Anbetracht der ungeheuren, durch die Notverordnungen der Arbeiterschaft auferlegten einseitigen Lasten höchstens ein viertel Teelöffel sozialer Medizin.

Wenn man etwa regierungsseitig sich der Hoffnung hingeben sollte, diese Milderungen genügen, um das der Arbeiterschaft angetane Unrecht gutzumachen, dann ist man allerdings in einem sehr großen Irrtum befangen. Auch diese Milderungen erbringen nicht das Wesentliche, nämlich eine Verteilung der allgemeinen Lasten nach der Tragmöglichkeit der einzelnen Schichten. Nach wie vor ist die Arbeiterschaft einseitig ungerecht belastet. Sollen wir etwa an horrenden Lohnkürzungen

auf Grund der Notverordnungen vom 4. September und an die Bevorzugung der Besitzenden erinnern? Solange das der Fall ist, befinden wir uns — sozial gesehen — im schärfsten Gegensatz zur Regierung Papen; solange ist aber auch jedes Wort von der Aufrichtung eines christlichen Staates eben nur ein Wort. Die Grundlage eines christlichen Staates ist soziale Gerechtigkeit. Sie ist heute unter der Aera einer betont christlichen Regierung weniger zu finden, als selbst in den Zeiten, da die atheïstischen Marxisten maßgeblichen Einfluß auf die Staatsgeschäfte besaßen.

Wir christlichen Metallarbeiter kämpfen mit allen sozial Denkenden für eine soziale Gerechtigkeit, ohne welche ein wirklicher Neuaufbau der Wirtschaft und des Staates unmöglich ist.

Wr.

## Volkswirtschaftliche Kaufkraft und Senkung des Lohnniveaus



Das Problem der Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes ist durch die verschiedenen Maßnahmen der Reichsregierung insofern in ein neues Stadium getreten, als erstmalig der Versuch unternommen worden ist, die Wiedereinstellung der Arbeitskräfte von der Produktionsseite her zu lösen und nicht — wie bislang — die Entscheidung dieser schwierigsten aller deutschen Fragen durch mehr oder minder unzulängliche Bereitstellungen finanzieller Mittel oder durch Sparmaßnahmen und Kürzungen immer wieder hinauszuziehen. Diese Tatsache bedeutet ohne Zweifel einen entscheidenden Punkt in der deutschen Wirtschaftspolitik, denn sie bringt eine Problemstellung aus dem Zustande jahrelanger Stagnation angriffsbereit in Fluß.

Der gegenwärtig eingeschlagene Weg erstrebt durch eine gewisse vorübergehende Aufstellung des Gesamtlohnkomplexes der wirtschaftlichen Einheiten die Zahl der Beschäftigten um die aus der Lohnaufstellung für Neueinstellungen freiwerdenden Möglichkeiten zu vermehren und in Verbindung mit einer Anstellungsprämie die Abrufe von dem Arbeitslosenmarkt zu beschleunigen.

An sich ist die hier zur Anwendung kommende Idee nicht neu. Sie ist vielmehr die abgewandelte Fortführung des vor zirka einem halben Jahrzehnt eifrig diskutierten Vorschlages, durch Verkürzung der achtstündigen Arbeitszeit um eine Stunde bei proportional verringertem Schichtlohn die Mittel für die entsprechende Mehreinstellung von Arbeitskräften frei zu bekommen, ohne daß damit eine Vermehrung der Gestehungskosten verbunden sei. Mit anderen Worten: Bei einem Gesamtbeschäftigungsstand der gewerblichen Industrien mit zirka 15 Millionen Arbeitstätigen werden bei achtstündiger Arbeitszeit 120 Millionen Arbeitsstunden pro Tag geleistet. Durch Abzug einer täglichen Arbeitsstunde ergäbe sich demnach bei siebenstündiger Schicht für weitere 2,132 Millionen Arbeitsfähiger Beschäftigung bei einem Lohnstand für nunmehr 17,132 Millionen Beschäftigte vom Ursprungslohn der 15 Millionen Altbeschäftigten weniger ein Achtel des Schichtlohnes. Also: bei einem achtstündigen Schichtlohn von — angenommen — 8 RM für 15 Millionen Beschäftigter setzt 7 RM für 17,132 Millionen bei siebenstündiger Gesamtschichtleistung.

Um die Zeit vor zirka fünf Jahren ergaben sich bei dem damaligen verhältnismäßig geringen Stand der Arbeitslosigkeit für die Anwendbarkeit vorstehender Ueberlegung naturgemäß ganz andere Möglichkeiten als heute. Aber bereits damals sah die Angelegenheit, in die Praxis überseht, doch anders aus, als rein Ueberlegungsgemäß es den Anschein hatte. Was zu jener Zeit wirtschaftlich wesentlich günstigerer Erscheinungsformen Geltung hatte, das dürfte gegenwärtig ganz besonders ins Gewicht fallen, nämlich: das Problem der Kaufkraft des zwar erweiterten, aber gesunkenen Lohnniveaus im Verhältnis zu dem zwangsläufigen Anziehen der Preise bei vermehrter Nachfrage.

Die Verhältnisse liegen in der deutschen Wirtschaft auf Grund der nachkriegszeitlich und weltwirtschaftlich bedingten

stufenweisen Rückwärtsentwicklung nun einmal so, daß gegenwärtig das allgemeine Einkommensniveau des weitaus größten Teiles der deutschen Bevölkerung auf einen derart niedrigen Stand der Kaufkraft abgeglitten ist, daß in Verbindung mit den millionenfachen Wohlfahrtserwerbslosenbeihilfen, welche entschieden die Basis normaler Existenzfähigkeit unterschreiten, das volkswirtschaftliche Durchschnittseinkommen knapp an der Grenze des Existenzminimums liegen wird.

Auf diese Art der Einkommensverlagerung und -verteilung hat sich zwangsläufig auch die Bedürfnisbefriedigung bzw. das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage einspielen müssen. Auch ist schließlich unter diesen Voraussetzungen sowie in Auswirkung der Preisentwertungsaktion eine ganz besondere Art volkswirtschaftlicher Preisbildung in Erscheinung getreten, die derart eng an die komplizierten Zusammenhänge gebunden ist, daß jede noch so geringfügige Änderung sofort dieses Gleichgewicht stören muß, und zwar erfahrungsgemäß meistens zum Nachteil des Konsumenten; denn zufolge immer wieder beobachteter volkswirtschaftlicher Gesetzmäßigkeit wirkt sich jede Steigerung der Einkommensverhältnisse, jede nach oben tendierende Änderung des Beschäftigungsstandes automatisch in Richtung steigender Preise aus.

Diese Erscheinung wirft also gebieterisch die Frage auf: Wie wird die Kaufkraft der durch Mehrbeschäftigung gesteigerten Einkommen durch die anziehende Nachfrage und die damit verbundene Steigerung des Preisindex beeinflusst, wenn durch eine anteilige Kürzung des Altlohniveaus eine dementsprechende Mehreinstellung von Arbeitskräften stattfindet und das Gesamtneulohnniveau unter dem bisherigen Stand der Arbeitstätigen und über dem der Erwerbslosen liegt?

Es liegt auf der Hand, daß im Rahmen vorliegender Abhandlung die vorstehende Frage nicht erschöpfend beantwortet werden kann. Eines aber scheint mir festzustehen, nämlich daß innerhalb einer gewissen Grenze der Mehreinstellungen — mutmaßlich je nach der Lage der verschiedenen örtlichen Verhältnisse, beginnend bei 10 bis 15% Verringerung des Arbeitslosenmarktes — die durch die Eingliederung dieser vorerst unter dem Existenzminimum liegenden Erwerbslosen und jetzt auf normaler Lohnhöhe stehenden Neuarbeitstätigen hervorgerufene Einkommensvermehrung die Nachfrage und damit die Preisbildung verteuern beeinflusst wird, trotzdem es sich nur um einen verhältnismäßig geringen Teil der Gesamtbevölkerung handeln kann. Da indes der von der Einkommenserhöhung betroffene Teil der Gesamteinkommen nur relativ beschränkt ist, wird in diesem Stadium die stark vermehrte Kaufkraft der bis dahin Erwerbslosen die allgemeine Kaufkraft der übrigen Konsumenten so weit schwächen, als deren Einkommen gekürzt und die Preise gestiegen sind. Tatsächlich lassen sich ja bereits in diesem Augenblick die Anzeichen steigender Preise, besonders für Rohstoffe, feststellen, eine Feststellung, die vorstehender Ueberlegung eine praktische Bekräftigung erteilt. Ebenso wird sich feststellen lassen, daß die als Reaktion später notwendige Ausgleichstendenz der

angezogenen Preise mit der zurückgegangenen Kaufkraft viel schwieriger durchführbar sein wird als die vorherige Aufwärtsbewegung, so daß das größte Uebel nachkriegszeitlicher Preisgestaltungen, die Unproportionalität der Preise (d. h. die verhältnismäßige Ungleichheit in der Höhe der Preise der verschiedenen Bedarfsgüter), eine neue Verschärfung erfahren müßte.

Erst wenn der Grad der Neueinstellungen so groß geworden ist, daß hierdurch tatsächlich eine Beschleunigung des Güterumlaufes und nunmehr auch trotz der Erniedrigung des Gesamtlohniveaus eine merkbare Steigerung der allgemeinen Durchschnitts-Einkommenshöhe eingetreten ist — das wird zwischen 30 bis 50 % der Entlastung des Arbeitslosenmarktes der Fall sein — dürfte sich unter bestimmten Voraussetzungen die Einkommensvergrößerung in eine allgemeine Kaufkraftsteigerung umwandeln. Nämlich: erstens, wenn bis dahin der Wert der Reichsmark stabil bleibt, und zweitens, wenn es gelingt, die Entwicklung des Preisstandards aus seiner Un-

proportionalität herauszubringen, also die Gleichheit des Preisniveaus herzustellen und vor allem zu verhindern, daß proportional dem ansteigenden Konsum bzw. dem anwachsenden Geldumlauf die Preise anziehen und damit jede Kaufkraftsteigerung von vorneherein unmöglich gemacht wird.

Ist man ferner dessen eingedenk, daß die Entwicklung der absoluten Höhe der Löhne und Gehälter infolge der Neueinstellungen vorerst eher etwas nach unten als nach oben neigen wird, so wird es dem kritischen Sachbeurteiler beängstigend klar, von welcher folgenschwerer Bedeutung es sein wird, ob es gelingt, die unter allen Umständen in diesem Zusammenhang notwendige Fortsetzung der Preisfunktionsaktion mit der erforderlichen Konsequenz durchzuführen und so die zunächst einsetzende Kaufkraftminderung über die gefährdete Zone hinwegzubringen und dann durch eine sorgfältige Preisüberwachung systematisch der durchaus möglichen allgemeinen Kaufkraftsteigerung den Weg zu bereiten.

Dr. Küpper.

## Ein Offener Brief an Herrn von Papen



Der Verbandspräsident der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, Dr. Müller, und die dem Verbandszugehörigen Diözesanpräsidenten veröffentlichten in der Presse einen Offenen Brief an den Reichskanzler. Der Brief stellt gewissermaßen die Anleitung zu einer Gewissenserforschung dar für den Kanzler, die durch den Rebel allen politischen Geredes hindurch in die harte, brutale Wirklichkeit vorstößt, die Wirklichkeit, wie sie von den Massen des Volkes, den Arbeitnehmern, gesehen, getragen und erlitten wird.

In diesem Offenen Brief heißt es u. a.:

„Sie reden oft zum deutschen Volke. Sie tun es im Rundfunk, wo man Sie nur hören, Ihnen aber nicht antworten kann. Sie tun es auf Tagungen von Verbänden der Landwirtschaft und der Industrie, die von Ihren Plänen Förderung Ihrer Bestrebungen erwarten. Dort erfahren Ihre Reden besonderen Beifall.

Aber Sie hören nicht die Stimmen der breiten Volksschichten, zumal nicht desjenigen Teiles, der von der gegenwärtigen Not am meisten betroffen wird, der Arbeiterschaft. Sie erscheinen vor der in- und ausländischen Presse, auf der Rennbahn und bei Ausstellungen, aber Sie erscheinen nicht dort, wo jene Volksmassen sind, die schwer leiden und vom Schicksal der Wirtschaftskrise am bittersten heimgesucht werden. Sie dürfen nicht übersehen, daß Sie dadurch das Urteil bestätigen, Deutschland werde heute von einer Regierung geleitet, die dem Volk fremd gegenüberstehe.

Herr Reichskanzler! Wir sind als Seelsorger und durch unsere Stellung in der Arbeiterbewegung mit den Stimmungen und Willensbewegungen des gesamten Volkvolkes vertraut. Wir stellen fest: Zu keiner Zeit, nicht einmal in den Monaten des Zusammenbruchs, ging eine so tiefe Unruhe, eine solche Verbitterung und Gärung durch das Arbeitervolk. Das erfüllt uns mit größter Sorge um die Arbeiterschaft nicht nur, sondern auch ebenso sehr um unseren Staat und um die Sache des Christentums. Darum fühlen wir uns im Gewissen verpflichtet, Ihnen gegenüber als unsere feste Ueberzeugung auszusprechen: Auf diesem Wege können Sie unserem Vaterlande nicht dienen. Sie nicht, und noch weniger jene, in deren Gemeinschaft Sie reden und handeln.

Zur Durchführung Ihres Wirtschaftsprogramms haben Sie sich die Ermächtigung geben lassen, den in sechzig Jahren ausgerichteten Bau des Arbeiterhauses, der Arbeitsverfassung, der gesamten sozialen Einrichtungen umzugestalten, umzuändern und abzubauen. Diesen Bau auszuführen, haben Generationen christlicher Sozialpolitiker auch in der Befolgung kirchlicher Lehren und päpstlicher Weisungen gearbeitet. Jetzt wird das Dreifache an diesen Bau gelegt.

Sie, Herr Reichskanzler, haben durch Ihre Maßnahmen sozialdenkende

Unternehmer in ernste Gewissenskonflikte gebracht, da sie es nicht über sich bringen können, die auf ein Minimum gesunkenen Löhne noch weiter zu kürzen, andererseits sich der scharfen Konkurrenz von solchen Unternehmern ausgesetzt zu sehen, die sich über derartige Bedenken hinwegsehen.

Mit alledem haben Sie nicht der Privatinitiative, sondern dem Kommunismus die „Chance“ gegeben.

Neben der Verletzung des sozialen Gerechtigkeitsgefühls erschüttert uns die Erkenntnis, daß durch die Handlungen Ihrer Regierung in unserm Volke das Rechtsbewußtsein getroffen, verwirrt und auf das empfindlichste geschwächt wird. Wir sind in einer Krise des Rechts ohnegleichen. So wird die Wesensgrundlage des Staates unterminiert. Wir fragen Sie: Was soll werden, wenn von dem gefährlichen Gedanken, daß Macht vor Recht geht, daß mit Bajonetten alles gemacht werden kann, auch solche Volksteile ergriffen werden, die bisher frei davon geblieben sind, weil sie an die Kraft der stillen Idee und an die Macht des Rechts geglaubt haben.

Ihre Verantwortung für diese Entwicklung wiegt um so schwerer, als Sie, Herr Reichskanzler, besonderen Wert darauf legen, ein christlich-konservativer Staatsmann zu sein. Wir appellieren an die hieraus erwachsende Verantwortung. Es genügt nicht, die Christlichkeit einer autoritären Regierung immer wieder zu betonen. Das ist um so folgenschwerer, als dadurch in weiten Kreisen des Volkes der Eindruck entstehen muß, als sollten auf diese Weise bestimmte Zwecke und Interessen verdeckt werden. Wir als Seelsorger befürchten, daß einmal Christentum und Kirche entgelten müssen, was eine falsche Zweckpolitik verborgen hat.

Herr Reichskanzler! Sie können und dürfen den bisherigen Weg nicht weitergehen. Sie dürfen sich auch nicht weiter voranstoßen lassen. Die Rücksicht auf das Wohl von Volk und Vaterland, auf die Zukunft von Staat und Nation verlangt Umkehr.“

\* \* \*

Wir christlichen Metallarbeiter können Sinn und Worte dieses Offenen Briefes nur unterstreichen. Der Christliche Metallarbeiterverband und sein Verbandsorgan haben seit der Notverordnung vom 14. Juni keine wichtige Gelegenheit vorübergehen lassen, um ebenfalls der Regierung Papen eindringlich ins Gewissen zu reden. Es sind eben nicht nur die Gewerkschaften, wie man fälschlicherweise behauptet, welche gegen den Kurs der Regierung Papen stehen, sondern es sind alle Kräfte, denen das materielle und geistige Leben der Arbeiterschaft am Herzen liegt. Wir freuen uns dieses erneuten Beweises des engen Zusammenstehens zwischen konfessionellen Vereinen und christlichen Gewerkschaften, wie es im „Offenen Brief“ zum Ausdruck kommt. W.

# Aus den Betrieben

## Schlimmer als Kommunisten (Stolberg)

Es gelästete vor kurzem den Herrn Dr. Schulte, Inhaber der Metallwarenfabrik Wiry-Bach & Co., seinen Maschinenstellern, den seit mehr als 10 Jahren gezahlten Akkordausgleich um die Hälfte zu kürzen. Die Maschinensteller dieser Firma müssen ihre Werkzeuge selbst machen, Reparaturen selbst ausführen, also zwei Handwerke zugleich beherrschen.

Eine besondere Entschädigung für diese Mehrarbeit wird nicht gezahlt. Alles geht im Akkord. Für die Tage, wo mangels Aufträge oder Fehlens von Material keine Akkordarbeit verrichtet werden kann, wurde dann immer ein Akkordausgleich von 15% bezahlt. Der Akkordmindestverdienst dagegen soll 20% sein. Die immer bezahlten 15% Akkordausgleich wurden nun nicht mehr gezahlt. Was blieb übrig, als zum Arbeitsgericht zu gehen. Vor dem Gerichte ließen sich die Kläger, die alle Mitglieder des

Christlichen Metallarbeiterverbandes sind, von ihren Verbandsangestellten vertreten. Trotz der größten Anstrengungen des Syndikus des Arbeitgeberverbandes und einer ganzen Reihe großer Schriftsätze, verurteilte das Arbeitsgericht die beklagte Firma zur Nachzahlung des gekürzten Alfordausgleiches. Darüber ist der Herr Doktor sehr erobst und er sagt, was wir ihm gerne glauben, das habe ihn sehr „gewurmt“, gerade diesen Prozeß verloren zu haben. In seinem Aerger schwört er, mit den Verbandsbeamten nichts mehr zu tun haben zu wollen und verfelgt sich in seinem Zorn zu dem wohl schon länger in der Brust verborgen gehaltenen Ausrufe: „Ihr seid ja schlimmer als die Kommunisten“.

Wir danken: Kommunisten sind wir nicht, aber wir lassen gerade deshalb mit den Rechten der Arbeiter nicht spielen und sie nicht der Willkür eines akademisch gebildeten Arbeitgebers anheimfallen.

Der Herr Doktor hat aber auch wirklich Pech. Erst glückte ihm das Sinauswerfen eines Betriebsratsmitglieds nicht. Der Kollege ging damals mehr als einen Monat spazieren und der Herr Doktor mußte bei der Blamage noch alles auf Heller und Pfennig bezahlen. So ähnlich ging es ihm im Laufe der Jahre schon einige Male. Und doch: „Er lernt's ansehend nimmer.“

## Zum Arbeitskampf beim Kabelwerk Duisburg

Bei dem am 19. Oktober beendeten Kampf bei dem Kabelwerk in Duisburg hat sich die Werksleitung einen Schilddürgerstreik gestattet, der nicht alltäglich sein dürfte. Daß sie hierbei ein williges Gericht fand, sei nebenbei bemerkt. Das Werk hat gegen seine Betriebsvertreter folgende einstweilige Verfügung erwirkt:

Einstweilige Verfügung.

In Sachen

der Fa. Kabelwerk Duisburg in Duisburg

Antragstellerin

gegen

Mitglieder der Streikleitung beim Kabelwerk Duisburg

wird durch einstweilige Verfügung den Antragsgegnern unter Androhung einer Geldstrafe bis zu 1500 RM oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten in jedem Falle der Zuwiderhandlung verboten, selbst oder durch andere an den Eingängen und Zugangsstraßen zu dem Werk der Antragstellerin sowie in der Nähe desselben Streikposten aufzustellen, um die arbeitswilligen Arbeiter der Antragstellerin oder solche Arbeiter, die bei der Antragstellerin Arbeit suchen wollen, an dem Antritt oder der Ausübung der Arbeit durch Gewalt oder durch Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens oder Vergehens gegen deren Person oder deren Angehörigen und Eigentum zu verhindern.

Die Behauptung ist durch eidesstattliche Versicherung glaubhaft gemacht.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Sache.

Duisburg, den 10. Oktober 1932.

Arbeitsgericht.  
Unterschrift.

Was war der Grund zu dieser Verfügung. Das Kabelwerk, auf dem vornehmlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, hat auf Grund

der Notverordnung einige Leute eingestellt, um neben der Steuerbegünstigung einen entsprechenden Lohnabzug durchzuführen zu können. Der angekündigte Lohnabzug wirkt doppelt ungerecht, weil sehr billige Arbeitskräfte eingestellt wurden. Besonders aber, weil die nach dem Abzug noch verbleibenden Löhne so gering sind, daß diese bald nicht mehr als Lohn angesprochen werden können. So erhält nach dem Lohnabzug eine 16jährige Arbeiterin einen Wochenlohn bei 40stündiger Arbeitszeit von 6,58 RM. Eine 21jährige Hilfsarbeiterin bei gleicher Arbeitszeit in der Woche 14,63 RM. Wenn von diesen Beträgen die Sozialbeiträge und die Arbeitslosenhilfe in Abzug gebracht sind, bleibt zum Leben nicht mehr viel übrig. Nachdem die Verhandlungen der Betriebsvertreter mit der Werksleitung, den Lohnabzug rückgängig zu machen oder doch zu mildern, ergebnislos verlaufen waren, legte die Belegschaft die Arbeit nieder. Der Belegschaft, besonders den weiblichen Belegschaftsmitgliedern, die in der Vergangenheit glaubten, eine gewerkschaftliche Organisation sei eine überflüssige Einrichtung, kann der Vorwurf nicht eripart bleiben, daß sie sich in dieser für sie außerordentlich kritischen Lage von werksfremden politischen Gruppen ins Schlepptau nehmen ließ. Es wurde ein Kampfausschuß gebildet. Dieser Kampfausschuß war ein totgeborenes Kind, denn zu Verhandlungen wurde er nicht zugelassen.

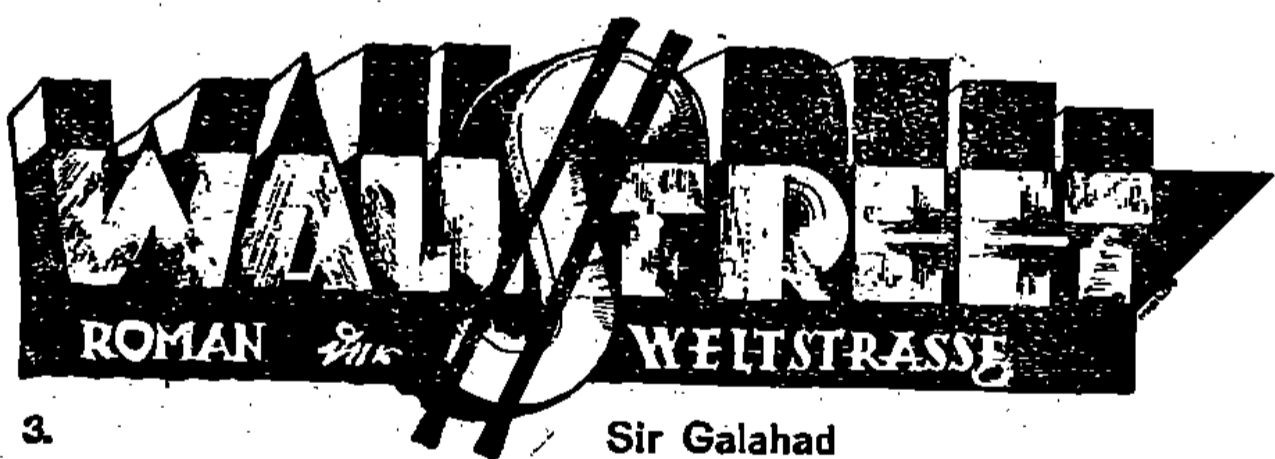
Obgleich sehr revolutionär und radikal, fügte er sich wie ein ganz artiges Kind, als er, wie z. B. bei den Schlichtungsverhandlungen aufgefördert wurde, vor der Türe zu warten, bis die Verhandlungen, die mit den Gewerkschaften geführt wurden, abgeschlossen seien oder aber ruhig nach Hause zu gehen. Die Tätigkeit des sogenannten Kampfausschusses war für die Belegschaft nicht nur negativ, sondern schädlich. Das haben auch die Arbeiterinnen und Arbeiter des Kabelwerkes sowie so manche andere Belegschaft schon früher, sehr erfahren müssen. Die Belegschaft hat, nachdem sie 1½ Woche aus dem Betrieb war, die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß der sogenannte Kampfausschuß irgendwelche Verhandlungen zu Wege brachte.

Wenn auch die obenangeführte einstweilige Verfügung ein Schuß in die Luft war, weil die Betriebsvertreter, die restlos gewerkschaftlichen Organisationen angehörten, aus naheliegenden Gründen dem Kampfausschuß nicht angehören, so beweist sie doch, daß gegen die Arbeiterschaft mit den schärfsten Mitteln vorgegangen wird, wenn sie um ihre nackte Lebensgrundlage kämpft. Ob sich Gerichte finden würden, die mit gleichen Waffen gegen andere Stände kämpfen würden, wenn sie sich in gleicher Notlage befänden, das zu bezweifeln muß man der Arbeiterschaft schon gestatten.

Wer hat denn Streikposten gestanden? Es waren neben RGO-Leuten vornehmlich in neue Uniformen gesteckte SA-Leute. Daß diese Feststellung für manchen Unternehmer bitter ist, dafür kann man volles Verständnis haben, denn viele Unternehmer kennen genau die inneren Zusammenhänge. Jedenfalls wissen alle Unternehmer, daß es keine Arbeiter oder Freunde der Arbeiter waren, die Mittel für diese Zwecke zur Verfügung stellten. Ja, so ändern sich die Zeiten. Der Arbeiterschaft insgesamt mögen diese bedauerlichen Vorkommnisse eine Lehre sein. Sie mögen erkennen, daß der einzelne Arbeiter dem Unternehmertum schutzlos ausgeliefert ist. Der scheinbar gesparte Verbandsbeitrag wird, ob gewollt oder ungewollt, in einer vielfachen Höhe gezahlt.

Nur der geschlossene Abwehrwille, den nur eine gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu leisten in der Lage ist, bietet Schutz gegenüber den reaktionären Bestrebungen.

W. K.



3.

Sir Galahad

Eine Niederlage für Vanderbilt blieb das ganze aber doch. Besonders scharf hatte er es auf Gould, dem er die Hauptschuld beimaß, abgesehen. Da er die „Erle“ nicht bekommen konnte, versuchte er sie wenigstens zu ruinieren. Seine „Newport Central“ war die Konkurrentin für die Viehtransporte von Buffalo nach Newport. Bisher betrug der Frachttarif auf beiden Strecken daselbe, nämlich 125 Dollar per Waggon. Nun ermäßigte er den seinen um die Hälfte; Gould folgte. Plötzlich stürzte Vanderbilt den Preis auf einen Dollar hinab. „Erle“ gab den Kampf offenbar auf; sie versachtete daraufhin überhaupt nicht mehr, während sich die „Newporter Central“ heiß lief vor Ochsen. Vanderbilt triumphierte, bis er erfuhr, Gould sei längst zum Viehhandel übergeschwenkt; alles, was Hörner trüge westlich von Buffalo, habe er aufgekauft und lasse es jetzt um einen Dollar je Waggon von seinem Konkurrenten nach Newport verfrachten. Unsummen hätte er schon daran verdient. Da warf der alte „Commodore“ die Hände hoch und rief, Gould sei der smarteste Mann in Amerika. Hübsch aus dem Weg aber ging er ihm seitdem, zog sich mit seinen 90 000 000 Dollar halb und halb zurück, führte nur mehr den Markt während der Panik von 1873.

Dorher, 1869, gab es noch den berühmten „schwarzen Freitag“, an dem Jay Goulds „Goldverchwörung“ schief ging, mit der er General Grant hineinritt und ruinierte, nebst mehreren hundert anderen Existenzen, während er selbst heil herauschlüpfte wie immer. Von dieser Zeit an galt der Mann allerdings für die Verkörperung alles Übels

und wurde bis in den Tod gehaßt. Nie mehr konnte Jay Gould diesen bösen Ruf verlieren, wie es dem einst ebenso unbeliebten Rockefeller gelungen ist, allerdings mit Hilfe von Schenkungen, die heute bereits die phantastische Summe von 700 000 000 Dollar erreicht haben. Auch Onkel Dan ging noch im achtzigsten Jahr durch Gould unter, von ihm verraten, als er, unfähig, still zu sitzen, mit seinen 13 000 000 Dollar wieder die Arena von Wallstreet betrat. Nach wenigen Monaten verließ er sie gerade noch mit einer Uhr, Ueberzieher und einer Bibel.

## Der Herr des Oels

Während bis ans Ende des vorigen Jahrhunderts noch Eisenbahnkonquistadoren, wie emsige, aber taustlustige Riesenspinnen ihr Netzsystem über den amerikanischen Kontinent warfen, bereitet sich Jahrzehnte früher schon eine neue Entwicklung vor, getragen von einem neuen Menschentyp. An Stelle der „romantischen Erlepiraten“, den Vanderbilt, Fisk, Drew, Gould, treten rein konstruktive Genies, solche, die aus einem Anzeichen, einem Nichts die Zukunft von Weltindustrien wittern, sie ent-



### Eine gelbe Palastrevolution in Lippstadt

Seit 2 Jahren besteht auf den Vereinigten Stahlwerken, Abteilung Union, in Lippstadt eine gelber Werkverein. Er erstreckt sich auf die ganze Belegschaft. Unsere Behauptung am Arbeitsgericht, daß der gelbe Verein nur durch Zwang und wirtschaftlichen Druck zusammengebracht und zusammengehalten würde, wurde von den Firmenvertretern als unwahr hingestellt. Die Mitgliedschaft sei von allen Mitgliedern ohne jeglichen Druck durch die Firma erworben, weil sie die Idee des Werkvereins als richtig anerkannt hätten.

Welche von den beiden Behauptungen der Wahrheit entspricht, ergibt sich aus den nachfolgenden Vorfällen.

Schon im Laufe des letzten Jahres mußte die Belegschaft des öfteren erfahren, daß es ein Unterschied ist, ob die Gewerkschaften die Belange der Belegschaft vertreten, oder ob die Firma allein über die Verhältnisse bestimmt. Wiederholt wurden in den einzelnen Betrieben wesentliche Verschlechterungen eingeführt.

Wenn diese auch immer große Verbitterung auslösten, so wagte man doch keinen Widerspruch. Die Angst um den Arbeitsplatz ließ sie schweigen und dulden. Dadurch wurde die Firma zu weiteren Taten ermutigt. Am 15. September machte die Firma einen Anschlag, durch den die Löhne ab 1. Oktober einen Abzug von 9 Pf. die Stunde erfahren sollten. Das war selbst den treuesten Mitgliedern des Werkvereins zu starker Tabak.

Stürmisch verlangten sie nach den viel gelästerten Gewerkschaftsvertretern. In einer Betriebsversammlung fand sich die ganze Belegschaft restlos zusammen. Einstimmig wurde beschlossen, den Abzug abzulehnen und die Gewerkschaften beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Mit einem Hoch auf die Gewerkschaften wurde die gelbe Betriebsversammlung geschlossen. Alles atmete erleichtert auf, daß man endlich von dem gelben Alpdruck befreit werden sollte. Aber so einfach wie man sich die Sache gedacht hatte, sollte es doch nicht gehen. Als dem Betriebsdirektor am anderen Morgen der Wunsch der Belegschaft

übermittelt wurde, sich wieder von den Gewerkschaften betreuen zu lassen, machte der Herr eine höhnische Verbeugung und sagte nur: „Zur Kenntnis genommen!“ Damit war die Unterredung beendet. Dann aber ging er zur Gegenoffensive über. Er verlangte eine Vorstands- und Vertrauensmännerziehung, und in dieser wurden dann 3 Stunden lang alle Register gezogen, aber vergebens. Darauf verlangte er eine Mitgliedserversammlung. Auch das wurde bereitwilligst zugestanden. Wahrscheinlich, um besonders die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Werkvereins zu dokumentieren. Diese Versammlung brachte den gewünschten Erfolg. Der Gesang der Edelroller von der Notwendigkeit des Abzuges und der Gefahr einer evtl. Stilllegung des Betriebes wirkte so überzeugend, daß bei fast sämtlichen Teilnehmern die Angst wieder die Oberhand bekam. Von Auflösung des Werkvereins war nichts mehr zu hören.

Aber trotz dieser überzeugenden Melodie, die an diesem Tage gesungen wurde, hat der gesamte Arbeiterrat den Abzug wieder abgelehnt und den Schlichter angerufen.

Die gelbe Geschichte ist also noch nicht zu Ende. Es ist nicht leicht, sich der Fesseln zu entledigen. Die gelben Ketten sind sehr sorgfältig gearbeitet, z. B. sagt das Statut, daß eine Änderung des Statuts oder eine Auflösung des Vereins nur mit fünf Sechstel Mehrheit erfolgen kann, und zwar muß 4 Wochen nach der ersten Abstimmung eine zweite Generalversammlung mit fünf Sechstel Mehrheit den ersten Beschluß guthelßen. Sämtliche Nichtanwesende müssen schriftlich ihre Stimme abgeben. Man sieht, die gelben Statutenmacher haben sehr vorsichtig und weitschauend gearbeitet.

Aber sie werden die Entwicklung nicht aufhalten können. Ueber kurz oder lang wird die gelbe Fülle doch gesprengt, nachdem die Belegschaft eingesehen hat, wie sie unter der Gelbenherrschaft zu Schaden gekommen ist. Dieser Umschwung wird eines Tages kommen, daran ändert keiner etwas. Weder die Fuchspredigten und Strengegesänge der gelben Macht, noch das unterwürfige Gewinsel einiger Spelchellecker und Bauchrutscher.

H.

# Verbandsgebiet

### Mannheim vorwärts

Am Sonntag, dem 9. Oktober 1932, fand im Kolpingshaus eine außerordentlich gutbesuchte Geschäftsstellen- und Mitgliederversammlung der gesamten Ortsverwaltung Mannheim statt. Der erste Vorsitzende Aull eröffnete die Versammlung und begrüßte sämtliche Erschienenen, ganz besonders die Mitglieder von den Außenortsgruppen. Die diesmalige Geschäftsstellenkonferenz trüge einen besonderen Charakter, indem unser Gewerkschaftsrechtsanwalt Kollege Thelen am 1. Oktober sein 25jähriges Jubiläum als Freigestellter des Christlichen Metallarbeiterverbandes verzeichnen konnte. Für seine unermüßliche und aufopferungsvolle Arbeit im Dienste der christlichen Arbeiterschaft dankte er dem Kollegen Thelen

im Namen der Ortsverwaltung. Geschäftsführer Kollege Vogt nahm dann das Wort zum Geschäftsbericht vom ersten Halbjahr 1932. Die Verwaltungsstelle Mannheim hat sich trotz der schwierigen Verhältnisse sehr gut gehalten. In den letzten Monaten zeigte die christliche Metallarbeiterschaft überhaupt eine Lebendigkeit und Aktivität, die sehr erfreulich für die Arbeiterschaft ist. Aus der Not und den Drangsalen, in der die Arbeiterschaft augenblicklich lebt, wächst ein gewaltiger Auftrieb zur Selbsthilfe. Anstatt des Regierens gegen die Arbeiterschaft von jenen Kreisen, die das Wort Christentum immer und immer wieder im Munde führen, verlangen wir, daß man den schönen Worten die Tat folgen läßt. Der Rechtsschutz in unserer Ortsverwaltung ist im ersten Halbjahr sehr in Anspruch genommen worden. Aus der Statistik entnehmen wir, daß 1931

wickeln, vertikal und horizontal ausbauen und endlich in den 90er Jahren riesenhaft vertrusten. Es sind die „Delbarone“ (ein höherer Titel wäre besser am Platz), „Stahllönige“, „Kohlenmagnaten“, „Autocäsaressen“, Radio- und Filmpfürsten kommen erst in neuester Zeit hinzu.



Trat ein pennsylvanischer Farmer noch während der 40er Jahre auf seinem Erb und Eigen versehentlich in eine aufquellende Oelpflanze hinein, so ärgerte er sich höchstens über die beschmierte Sohle. „Rockoil“, wie es damals hieß, galt als störende Nebenerscheinung in einer sonst brauchbaren Landschaft. Nur Quacksalber versuchten es ab und zu als Heilmittel gegen Cholera oder Tuberkulose geistig Minderbemittelten anzudrehen. Das blieb so, bis ein Arzt zufällig darauf kam, die „Medizin“ als Brennstoff zu verwenden, nachdem er sie von Verunreinigungen befreit hatte. Bissel, ein junger Journalist, schickte die Probe dieses Raffinats ums Jahr 50 zur Analyse an die Yale-Universität. Dort wurde ihm die Brauchbarkeit der neuen Substanz zu Beleuchtungs- und Heizzwecken bestätigt.

1854 hatte er schließlich ein Konsortium zusammengebracht, um die sich allenthalben sammelnde, stinkende Schmiere in der neuen Art zu verwenden. Er beauftragte auch den früheren Lokomotivführer Edwin Drake in Pennsylvania soviel Grund wie möglich zu pachten, billig und auf lange Zeit. 1859 erbohrte dieser in Titusville unter dem „mitleidigen Sohn“ der Bevölkerung den ersten Oelgeyser. Und dann brach der schwarze Oelrausch an den Fundorten aus, genau wie früher der gelbe in Kalifornien, mit Falschspielern, Bordellen, Rutengängern, Sekt und Affenmüll. Noch ganz am Anfang, 1861, fuhr aus Cleveland (Ohio) ein schmächtiger Jüngling, 20jährig, ins „Oeldorado“ und sah sich die Beschönerung aus Kleinen, Reinigen, sonderbar gleißenden Hellaugen an. Diese Augen haben jetzt so an die 85 Jahre lang kaum je eine Gelegenheit übersehen. Damals an einem Ende der Industrie: dem Bohrturm, sahen sie bereits fabelhafte Chancen am andern Ende: der Raffinerie. Es war der Blick für etwas, das später in höchste Form gebracht, an Macht und Wichtigkeit auf dem Erdbreis kaum seinesgleichen haben sollte: dem Standard Oil Trust.

Wieder daheim in Cleveland, überredete der Jüngling, John D. Rockefeller, seinen Partner, den Engländer M. Clark, neben dem gemeinsamen Handelsgeschäft auch eine kleine Petroleumraffinerie einzurichten, möglichst billig, denn keiner hatte Geld, kaum Kredit. 4 Jahre später waren durch Verbesserungen am Verfahren, Auswertung von Nebenprodukten und ingenieussem Betrieb im ganzen 100 000 Dollar Reingewinn an der Sache herausgekommen, doch auch das ältere Unternehmen ging so flott, daß

Auskünfte, 1071 Schriftsätze und 476 Termine wahrgenommen wurden. Davon hatten einen vollen Erfolg 185, einen teilweisen 396, keinen Erfolg 227 und von 423 bekamen wir überhaupt keine Nachricht, wie die Sache ausgegangen ist. Der Barerfolg betrug 93 060 RM. Wenn man noch die nicht berichteten Angelegenheiten dazu rechnet, so kommen wir bestimmt auf eine Summe von 100 000 RM heraus. Aus diesem Erfolge sehen wir allein schon, wie notwendig die Gewerkschaften sind.

Gleich nach dem Geschäftsbericht wurde noch die 13. Verbandstagung in Königswinter erörtert, dessen Beschlüsse von der ganzen Versammlung gutgeheißen wurden, da sie nur im Interesse der Metallarbeiterchaft lagen. Ebenso hart wie der 13. Kongress der christlichen Gewerkschaften die Maßnahmen der Regierung Papen verurteilt, genau so haben sämtliche Vertreter des Verbandes aus ganz Deutschland in Königswinter in einer ganzen Anzahl von Entschlüssen gegen das System der Regierung Papen Stellung genommen.

Nach den beiden Berichten nahm dann der Bezirksleiter und Landtagsabgeordnete Gengler (Stuttgart) das Wort zu seinem Vortrag „Welche Aufgaben hat die Arbeiterschaft in der kommenden Zeit zu erfüllen?“

Ausgehend vom Sturz Brüning habe die Arbeiterschaft in den letzten Monaten vieles an Bitterkeit erlebt, das nicht so ohne weiteres hingenommen werden kann. Wenn die gesamte Arbeiterschaft heute mit den schärfsten Protesten gegen die Regierung zu Felde zöge, so liege das nicht an der Arbeiterschaft, sondern vielmehr daran, daß man das Existenzminimum dem Arbeiter genommen habe. Das Leben der Arbeitslosen sei bei der heutigen Unterstützung nur ein Vegetieren. Der Gesundheitszustand in der Arbeiterschaft ist katastrophal. Die Reichsregierung handelt Rundfunk und Presseapparat mit einer Geschäftigkeit wie nie zuvor. Die Regierung arbeitet mit den Methoden der Kriegsregierung. Die Sache steht gut, die anderen müssen alles zahlen. Daneben macht man sich kein Kopfschmerzen darüber, wie die Arbeitslosen sich bei ihrem kärglichen Einkommen Kohlen und Kartoffeln für den Winter beschaffen können. Die Autarkiebestrebungen der Regierung müssen wir auf das schärfste verurteilen, denn hierdurch würde die Not der Metallarbeiterchaft noch größer. Die Notverordnung vom 4. September stelle der Gipfel aller Notverordnungen dar. Die Steuer- und Prämiensteine für Neueinstellungen verurteilen wir nicht, wenn dadurch eine Belebung der Wirtschaft erfolgt. Aber dagegen wehren wir uns mit Entschiedenheit, daß bei Neueinstellungen den im Betrieb stehenden Arbeitern von der 31.-40. Wochenstunde 10-50 Prozent Abzug zugemutet werden soll. Die gefährdeten Betriebe, die noch neben den vorgenannten Erleichterungen einen Rabatt von 20 Prozent vom Schlichter haben wollten, würden wir durch strenge Kontrolle die Sache versalzen. Zum Schluß gedachte er nochmals des Jubilars, dem er die herzlichsten Glückwünsche des gesamten Bezirks überbrachte. Die darauffolgende Diskussion war vom lebendigen Willen getragen, alles einzusehen für die Gleichberechtigung und Gleichachtung der Arbeiterschaft.

### Unser Heubl Max, Freising

Wenn wir im Verbandsorgan der goldenen Hochzeit unseres Kollegen Max Heubl gedenken, dann deshalb, weil Kollege Heubl einer der

Clar, ärmer an penetrantem Profitblick, nach kurzem Sträuben die Anteile mit Rockefeller tauschte, ihm die Raffinerie zur Gänze überließ gegen den Alleinbesitz des Kommissionshauses. Genau vor 7 Jahren hatten sie es gemeinsam gegründet, John D. die Einlage 1000 Dollar von seinem Vater, dem „Wunderdoktor“ William Avery Rockefeller, deutscher Ahnen-schaft zu 10% entliehen. Lieh er später dem eigenen Sohne, noch später den Enkeln Geld zu 8%, dann immer mit dem Hinweis, wie er selbst es nicht so billig bekommen habe. Doch auch jedes Geschäft „in sich“ ver-rechnet er noch heute genau. Auf Docantico, seinem 40 Millionen Lieb-lingsplätzchen, den Hudson überblickend, zieht er, ein Pflanzensakir, unter dessen Händen alles groß wächst, jährlich zum Vergnügen zehntausende junger Bäume und verdient die am Verkauf, was das Vergnügen nicht beeinträchtigt. Viele davon werden auch regelmäßig nach Lake Wood, sei-nem zweiten Landstüb, verschifft, wobei er sich selbst den vollen Marktwert bezahlen läßt. Jeder Baum bringt 2 Dollar Reingewinn. J. L. Winklers amüsante Rockefeller Biographie „A Portrait in Oils“ erzählt wie der Docantico John D. niemals dem Lake Wood John D. erlaubt, ein paar Reiset gratis zu kriegen.

Schon der alte „Doc“ Vater muß in seiner Art ein Prachtgeschöpf ge-wesen sein, hinreißend und gerissen. Mit dem flottesten Pferd und Wa-gen zigeunerte er in den folger Jahren ruhelos durchs Land, verkaufte in Zylinderhut, Grad und weißer Krawatte auf Jahrmärkten ein Heilmittel gegen Krebs zu 2 Dollar die Flasche, auch bei fortgeschrittenen Fällen



Pioniere unseres Verbandes in Bayern ist. Schon lange vor der Grün-dung unseres Verbandes vertrat er in den katholisch-sozialen Vereinen Freising den Gedanken einer christlichen Berufsorganisation. Als der Ruf zur Gründung von Ortsgruppen des Christlichen Metallarbeiter-verbandes erfolgte, war Kollege Heubl derjenige, der die Fahne unseres Verbandes im Jahre 1900 aufhobte und als Vorsitzender der Zahlstelle in guten und in schlechten Tagen 15 Jahre lang mit Erfolg vorantrug. Im Herzen ewig jung geblieben, voller Kampfesmut und Arbeitseifer, betätigt er sich auch jetzt noch als 74jähriger mit Erfolg als Vorsitzender des Bundes christlicher Arbeitsinvaliden. Auch in unserer Metallarbeiter-zahlstelle läßt er keine Versammlung aus und hilft mit seiner reichen Erfahrung und seinem zündenden Worte zum Gedeihen des Verbandes. Ihm und seiner Frau, einer wackeren Mitstreiterin für die christliche Arbeiterfrage, die besten Glück- und Segenswünsche zu ihrem Jubeltag.

W. B.

### Malbergen (Bezirk Osnabrück)

Unter dem Deckmantel der „gottgewollten Ordnung“ holt die Regierung von Papen in der letzten Notverordnung zu neuem Schlage gegen den Tarifvertrag aus. Eine ungeheure Erregung bemächtigt sich der Arbeiterschaft, die wiederum feststellen muß, daß die Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit ausschließlich auf ihre Kosten gehen sollen. Das vorhandene Mißtrauen im Volke gegenüber der Schleicher-Papen-Regierung findet seine volle Berechtigung, wenn man sich die Rede Herrn von Papens in Dülmen ansieht. Er führte dort u. a. folgendes aus: „Wir fordern Abkehr vom Kollektivismus, Aufhebung der Tarif-verträge, ein neues Versicherungs- und Knappschaftswesen, gestellt auf das individuelle Benehmen des Unternehmers.“ Diese Forderung, die Herr von Papen vor seinem Antritt als Reichskanzler aufstellte, gibt der neuen Notverordnung ihr ganz besonderes Gepräge.

Stellen wir uns die weitere Frage, in welcher Form man andere Kreise ebenfalls heranzieht, um die Lasten des Krieges, die insbesondere in der erschreckend hohen Ziffer der Arbeitslosen zum Ausdruck kommen, gerecht zu verteilen, so müssen wir feststellen, daß hier bis jetzt eine vollständig einseitige Belastung erfolgt ist. Anerkennung sollen wir daher unserer Verbandszeitung, die stets gefordert hat, daß die überhöhten Gehälter in Staat und Industrie den gegenwärtigen Verhält-nissen angepaßt werden müßten. Gerade das Bewußtsein der arbeiten-den Stände, daß man die Folgen des Krieges einseitig auf ihre Schul-tern abzuwälzen versucht, schafft eine Atmosphäre, die einer ruhigen, innerpolitischen Entwicklung nicht dienlich sein kann.

Welch große Bedeutung den Gehältern der Staatsbeamten beizumessen ist, beweist folgendes Beispiel. Der Anteil der Schullasten bei einem Gemeindefat von 23 000 RM beträgt allein 6000 RM. Der Anteil der Wohlfahrtslasten rund 4500 RM. Das Defizit beläuft sich auf 2100 RM. Hier soll nicht einer Forderung das Wort geredet werden, welche die Erziehung der Kinder gefährdet, sondern wir müssen ledig-lich verlangen, daß die Gehälter der Staatsbeamten den nun einmal bestehenden Verhältnissen angepaßt werden. Das Schlagwort „wohl-erworbene Rechte der Beamten“ hat in einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs keine Berechtigung mehr.

Vertrauensmann H. N.

unfehlbar. Die im „Rockefeller-Institut“ haben es bis zum heutigen Tage noch lange nicht so weit gebracht. Immerhin wechselte er gern den Ort seiner Praxis, hatte jedoch in den folger Jahren seine Frau Eliza, hand- und bibelfeste Farmerstochter nebst ihren fünf Kindern bereits recht behaglich in einem Flegelhaus samt Grundbesitz bei Cleveland unter-gebracht. Ab und zu kam er aus wilder Ferne heimgaloppiert, erzählte den heranwachsenden Sprößlingen gepfefferte Allotria, pflanzte ein neues Familienreis und verschwand wieder. Seine Kinder vom zartesten Alter an finanziell hereinzulügen, lie dadurch wif, geliebt, mißtrauisch zu machen, vertraut mit jedem Trick, war ihm Herzens- und Erzieherlust. John D. gedenkt heute noch voll Dank des trefflichen Mannes.

Vom Hochschulstudium hielt der „Doktor“ nicht viel, Krebsmittel reiflierten auch so, darum besuchte der Sohn kein College, wie die Mutter gewünscht, vielmehr nach wenigen Elementarklassen nichts wie einen Handelskurs, lernte gierig primitive Buchführung, drängte aber schon nach 6 Monaten selber ins Verdienen hinaus. Sein Instinkt sagte ihm: Wer nur richtig zu kalkulieren versteht, kann sich für alles übrige zahme Fachleute allerersten Ranges halten, sobald er ihrer bedarf. Die Zeiten waren für einen Lebensanfang recht schlecht. „Alles besetzt“. Wochenlang rannte der kleine Rockefeller ganz Cleveland ab, bis er endlich in den Docks bei Messrs. Hewitt & Tuttle, Ex- und Import, als Laufbursche für alles, ankam. Von John war gar nicht die Rede. Für 14 Arbeitswochen wurden ihm dann 50 Dollar bezahlt, also 3,50 Dollar pro Woche, mit der Aussicht auf „Pairschub“ in die Buchhaltung, denn seinen Chefs war es nicht entgangen, daß sie an diesem 16jährigen Jungen ein Juwel erwisch-t hatten. John D. selbst nennt seine zwei Jahre Lehrlingschaft die fürs Leben entscheidenden. Er drängte sich zu jeder Arbeit, lernte alles und vergaß nichts; was er nach 2 Jahren von den Cleveland-Docks nicht wußte, war des Wissens nicht wert. Hewitt & Tuttle machten ihn zum ersten Buchhalter, steigerten fortgesetzt sein Gehalt, John D. aber strebte nach etwas, das nur in Unabhängigkeit vergleichbar ist, lieh sich 1000 Dollar zu 10% und gründete sein eigenes Handelsgeschäft.

Genau mit 18 Jahren war er nämlich entschlossen, der reichste Mann der Welt zu werden.

(Fortsetzung auf Seite 607.)



# Wirtschaft-Technik

Nummer 10

Duisburg, den 29. Oktober 1932

Nummer 10

## Aus der Praxis der galvanotechnischen Verchromung



Die hohen Anforderungen, die man heute an Aussehen, Hochglanz und Haltbarkeit von Chromüberzügen stellen darf, konnten nur durch verständnisvolle Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis erfüllt werden. Eine Fülle von Forschungs-Laboratoriumsarbeit, einschließlich Tausender von Versuchen waren erforderlich, um die Verchromungstechnik auf den heutigen Stand zu entwickeln. In dem verarmten Europa konnte die Verchromungs-Industrie nicht die staatliche Unterstützung wie in Amerika finden. Dadurch bekam die Verchromung dort zuerst die umfangreiche industrielle Anwendung, trotzdem das erste Patent auf dem Gebiet der Verchromung und damit der Anstoß für die praktische Verwertung der an sich längst bekannten elektrolytischen Chromabscheidung von Deutschland ausging und schon 1906 dem im Laboratorium der Langbein-Pfannhauser-Werke-AG., Leipzig, beschäftigten Chemiker Salzer erteilt wurde.

Die nach dem Kriege gebildete deutsche Chrominteressen-Gemeinschaft, der an führender Stelle auch die Langbein-Pfannhauser Werke mit bis heute etwa 900 für die verschiedensten Industrien ausgeführten Chromanlagen angehören, hat sich durch Patent und Erfahrungsaustausch die Mitverwertung der in Amerika durchgeführten kostspieligen und umfangreichen Forschungsarbeiten und praktischen Versuchsreihen gesichert, sehr zum Nutzen der gesamten europäischen Verchromungs-Industrie. Die rasch anwachsende Anwendung der Verchromung in den Betrieben hat nun zahlreiche Firmen veranlaßt, sich mit der Lieferung von Verchromungsanlagen zu befassen. So kommt es, daß der Interessent nicht nur mit Angeboten übersättigt wird, sondern daß sich darunter auch solche Firmen befinden, die lediglich Händler bzw. Wiederverkäufer sind und unter Benützung der unzähligen, seit Jahren bekannten und veröffentlichten Badzusammenstellungen, Verchromungsanlagen errichteten, ohne das wissenschaftliche und technische Rüstzeug zu besitzen. Dieses ist aber für die vollkommene Beherrschung dieser überaus schwierigen Materie unerlässlich. Es ist deshalb zu empfehlen, sich stets an Firmen zu wenden, die Mitglieder der genannten Chrom-Interessen-Gemeinschaft sind.

Einen hochglänzenden Chrom-Niederschlag zu erzielen, ist verhältnismäßig einfach. Die Niederschläge aber in Bezug auf Härte, Haltbarkeit und Rissfreiheit dauerhaft zu gestalten, die Beständigkeit des Bades zu bewahren, Verunreinigungen der Elektrolyten durch unsachgemäße Einrichtungen zu verhüten, wirtschaftliches und vollkommen hygienisches Arbeiten zu gewährleisten, und nicht zuletzt technische Unterstützung und Beratung zu geben, bedingt eine Fülle an fachmännischer, praktischer Erfahrung, Organisation und fabrikatorischer Leistungsfähigkeit.

Jahrelange Untersuchungen in Zusammenarbeit mit den Gewerbeinspektionen haben ergeben, daß gut wirkende Abjaugvorrichtungen an Verchromungsbädern nicht nur zur Verhütung gesundheitsschädlicher Nachteile für die Arbeiter, sondern auch für eine gute technische Ausführung der Verchromung unentbehrlich sind. Die Verwendung sogenannter Chrombad-Deckschichten birgt stets Gefahren in sich, bedingt eine besondere Entfettungsmethode vor der Verchromung, einen nicht zu unterschätzenden Verbrauch an Chrombad-Deckschicht, ständige Verunreinigung der Spül- und Trockengefäße sowie der Aufhängestelle mit der fettigen Decksubstanz, und schließlich die Gefahr einer ungünstigen Einwirkung der Deckschicht auf die Chrombad-Flüssigkeit selbst.

Alle modernen Verchromungs-Einrichtungen sollen deshalb mit Abjaugvorrichtungen und Chromrückgewinnungs-Anlagen ausgestattet sein, in denen die abgelaugten Chrombad-Nebel restlos verdichtet und ins Chrombad zurückgeführt werden, so daß Badverluste vermieden werden. Die Abjaugvorrichtung (Exhaustor) bewirkt gleichzeitig eine für hygienisches Arbeiten wünschenswerte

Entlüftung bzw. Frischluft-Zufuhr zum gesamten Verchromungsraum. Dies ist unbedingt hygienischer und gesünder, als das dauernde Einatmen der Verdunstungen aus Chrombad, Spülwasser und dergleichen. Gewiß stellen sich die Anschaffungskosten für eine solche Anlage etwas höher, aber doch lange nicht so hoch, wie von Händlern minderwertiger Anlagen oft behauptet wird. Ferner bedeutet der geringe Kraftverbrauch des Exhaustors eine wesentlich kleinere Ausgabe, als die fortlaufende Erneuerung der Chrombad-Deckschicht, die sich beim Herausnehmen der Ware auf die Spülwanne überträgt. Die Verwendung gewöhnlicher Eisenwannen ist für Chrombäder unzulässig, weil das Eisen von der Chrombad-Lösung angegriffen wird. Wiederholt ist infolge ungeeigneter Wannen der wertvolle Badinhalt ausgelaufen, wobei durch die stark ätzende Badflüssigkeit noch weiterer Schaden verursacht wurde. Ferner wird durch das in Lösung gehende Eisen das einwandfreie Arbeiten des Chrom-Elektrolyten schon lange vorher ungünstig beeinflusst. Es ist festzuhalten, daß es trotz vielfacher Anpreisung heute noch kein Mittel gibt, um den Eisengehalt von Chrombädern zu beseitigen. Sobald der Eisengehalt ein gewisses Minimum überschreitet, sind die Bäder unbrauchbar. Durch Ersatz der Badflüssigkeit kann man nur auf kurze Zeit Abhilfe schaffen. Die L.P.W. Verchromungsanlagen der Langbein-Pfannhauser-Werke besitzen deshalb Innenwannen aus einem widerstandsfähigen Spezialmaterial, in welche die zum Abdecken verwendeten Drahtglasplatten angeklebt und in den Richten mit einem Spezialkitt so verfugt sind, daß die Wanne praktisch flüssigkeitsdicht abgeschlossen ist. Es besteht also Sicherheit gegen Eisenverunreinigungen und Beschädigung der Innenwanne.

Das von nicht genügend sachverständiger Seite empfohlene Arbeiten mit niedrigen Stromdichten bedeutet keinen Vorteil, sondern einen Nachteil. Neben der zu geringen Chromauflage fallen die Niederschläge wesentlich weicher aus als bei hohen Stromdichten. Solcher Art erzielte hauchdünne Chromüberzüge können nur als Färbung des Grundmetalls bezeichnet werden und entsprechen nicht den Anforderungen der Praxis. Es ist anzunehmen, daß die niedrigen Stromdichten von gewisser Seite nur empfohlen werden, um ein gutes Verkaufsargument wegen der dann notwendigen kleineren Stromquelle zu schaffen. Außerdem soll die dadurch bedingte geringere Wasserstoffentwicklung die Abjaugvorrichtung zugunsten der erwähnten Chrombad-Deckschicht überflüssig erscheinen lassen. Daß die günstigsten Chromabscheidungen nur bei hoher Stromdichte liegen, wurde bei allen maßgebenden Versuchen in Amerika und Europa einwandfrei festgestellt.

Chrombäder zum Zwecke der Hochglanzverchromung müssen im allgemeinen mit einer Heizvorrichtung versehen sein. Kalt bzw. bei Zimmertemperatur arbeitende Bäder sind zwar unter ganz bestimmten Voraussetzungen anwendbar, aber für die Praxis weniger zu empfehlen, es sei denn, daß ununterbrochen flache, wenig profilierte Ware verchromt wird. Kalte Chrombäder besitzen nämlich im Vergleich zu solchen mit höherer Temperatur ein sehr geringes Glanz-Intervall, d. h. schon bei geringer Abweichung der zur Glanzverchromung festgelegten Stromdichte tritt ein Mattwerden der Kanten und Ränder ein, und die daraus folgenden Nachpolierarbeiten sind viel kostspieliger als die geringen Heizungskosten. Bei stark profilierten Gegenständen ist in kalten Bädern das sogenannte Anbrennen bzw. Mattwerden der äußeren Partien kaum zu vermeiden, weil ja zwecks vollkommener Deckung eine gewisse Minimal-Stromdichte erforderlich ist, die eben infolge des geringen Glanz-Intervalles leicht stellenweise ein Mattwerden ergibt.

Die Chrom-Interessen-Gemeinschaft bzw. die Elektro-Chrom-Gesellschaft verfügt über wichtige Patente, deren lizenzfreie Benützung den Kunden zur Verfügung gestellt wird. Es ist besonders auf das D.R.P. Nr. 448 526 hinzuweisen, unter das die praktisch und

wirtschaftlich arbeitenden, heute bekannten Chrombäder mit einem Säuregehalt bis zu 1,2 % fallen. Der praktisch verwandte Säuregehalt liegt bekanntlich zwischen 0,5 und 1 %. Die Benutzer von Einrichtungen, welche von obiger Gemeinschaft nicht angeschlossenen Firmen geliefert sind, laufen Gefahr, sich Patentverletzungsklagen zuzuziehen.

Zum Schlusse soll noch auf ein neu erschienenes Werk über „Verchromungstechnik“ von Prof. Dr. e. h. Pfannhauser, Braunschweig, Technische Hochschule, und Direktor der Pfannhauser-Langbein-Werke-AG., Leipzig, hingewiesen werden, das eine umfassende Darstellung des heutigen Standes der elektrolytischen Verchromungsverfahren und ihrer Anwendung gibt. D.

## Härterisse und anderes an Werkzeugen aus Schnellarbeitsstahl

II.

**E**rhalten fertig bearbeitete Werkzeuge durch Aufschlagen von Zahlen oder Buchstaben eine Bezeichnung, so empfiehlt es sich zur Vermeidung allzu großer Erschütterungen, den Stempel nicht mit einem kräftigen Schlage einzuschlagen. Es ist angebracht, durch mehrere kleinere Schläge den gleichen Zweck zu erreichen. Lange Werkzeuge mit kleinem Querschnitt sind weiterhin noch vorne an der Spitze, um durch den Schlag entstehende Schwingungen zu vermeiden, abzufangen. Durch solche Schwingungen und Erschütterungen kann das Werkzeug glatt abbrechen bzw. reißen. Meistens müssen Bezeichnungen durch die am Werkzeug befindliche Schleifzugabe hindurchgeschlagen werden. Das ist eine unnötige Arbeit, sie kann vermieden werden, wenn man zum Beispiel an Werkzeugen mit rundem Querschnitt, an der für die Bezeichnung vorgesehenen Stelle, die Schleifzugabe in Form einer Nute bis auf das Fertigmaß herausnimmt und in diese Vertiefung die Bezeichnung schlägt. Es wird auf diese Weise an Zeit gespart; die Stempel geschont, außerdem hat man die Gewähr, daß die Bezeichnung auch noch nach dem Abtragen der Schleifzugabe vorhanden ist.

### Härten

Auch bei diesem Arbeitsvorgang gilt das gleiche wie beim Schmieden: Vorwärmen, um Spannungsrisse durch allzu plötzliche Erwärmung zu vermeiden. Ob das Werkzeug im Muffelofen oder im Salzbad auf Härte-temperatur gebracht wird, ist dabei ohne Belang, im Gegenteil, bei der letzteren Einwärmungsweise ist eine Vorwärmung schon deshalb unumgänglich, um entstehenden Explosionen des Salzbadens durch das Eintauchen des kalten Werkzeugs und durch diesem evtl. anhaftenden Feuchtigkeit vorzubeugen.

Die Erwärmung ist mit einem Pyrometer genau zu überwachen. Die vorgeschriebene Temperatur darf nicht überschritten werden, eine Ueberhitzung hat ein Abbröckeln der Schneide zur Folge.

Die Höhe der Erwärmung mit dem Auge abzuschätzen ist immer etwas Ungewisses, es gibt nämlich Stahlarten, deren Härte-temperatur nur einen Unterschied von 50° haben. Was demnach für die eine Sorte zur Erreichung der Härte Bedingung ist, hat für die andere den Nachteil, überhitzt und verbrannt zu werden. Um bei der Abkühlung die einzelnen Werkzeuge möglichst senkrecht in das Härtebad eintauchen zu können, werden sie alle vor dem Erwärmen an ihrem oberen Ende mit einer Oese aus Binddraht versehen. Der Draht wird schleifenartig um das Ende geschlungen, die beiden Drahtenden werden ineinander verflochten als Bügel über das Ende gelegt. An der anderen Seite wird dieser Bügel wieder mit der um das Werkzeug liegenden Schleife verbunden. In dieser daraus entstehenden Oese wird das Werkzeug mit einem längeren Haken gehalten. Das Härtebad kann ganz nach der Art des Werkzeuges und der Stahlorte Härteöl, Petroleum oder gegebenenfalls auch Druckluft sein.

Jedenfalls wird man empfindliche Werkzeuge, wie Gewindebohrer oder dergleichen, immer in Öl härten, weil ein solches Werkzeug außer einer guten Härte auch eine gewisse Geschmeidigkeit besitzen muß. Dagegen wird man Werkzeuge, die eine außergewöhnliche Härte haben sollen, in Petroleum oder unter Druckluft härten.

Nun ist aber, um einen gewünschten Härtegrad zu erreichen, auch jeweils die für das Werkzeug verwendete Stahlorte zu berücksichtigen, sie kann deshalb auch für die Wahl des Härtebades entscheidend sein. Auch aus Schnellarbeitsstahl bestehende Werkzeuge werden in einem Paraffinbad nach dem Härten nachgelassen. Erstens, um die vom Härten zurückgebliebene Spannungen zu lösen, zum anderen, weil dadurch die Gefügebildung durch das Temperieren in günstigem Sinne beeinflusst wird und eine Umwandlung erfährt. Denn es hat sich erfahrungsgemäß gezeigt, daß die Schneiden an Werkzeugen nach erstmaligem Schleifen eine längere Schnittfähigkeit haben. Dieser Vorteil ist auf die beim Schleifen auftretende Wärme zurückzuführen. Man versucht daher das gleiche mit vorherigem Nachlassen, Temperieren zu erreichen. Dessen Zeitdauer richtet sich nach der Größe des Werkzeuges und die Temperatur nach der Stahlorte.

Werkzeuge, die sich beim Härten verzogen haben und krumm geworden sind, werden leicht angewärmt und gerichtet. Dabei wird das verzogene Stück der Krümmung entgegengesetzt durch Druck durchgebogen, evtl. an dieser Stelle noch mit einigen vorsichtigen Hammerschlägen gestreckt, um ein Zurückgehen in die alte Lage zu verhindern.

### Schleifen

Die Werkzeuge aus Schnellarbeitsstahl sollen mit weichen Schleifscheiben, die eine lose Kornbindung haben, geschliffen werden. Solche Scheiben verschmutzen an ihrer Oberfläche nicht so rasch wie solche mit fester Bindung. Das ist durch die lose Kornbindung bedingt, da sich hier das vom Schleifen stumpf gewordene einzelne Korn an der Oberfläche der Scheibe leichter lösen kann. Diese erhöhte Schleiffähigkeit der Scheibe hat zur Folge, daß der Stahl beim Andrücken an die Scheibe nicht blau anläuft wie bei einer stark verschmutzten Scheibe.

Das Schleifen selbst soll nur unter Hinzuführen einer Kühlflüssigkeit vorgenommen werden. Läßt sich eine solche nicht auf Scheibe und Schleifstelle führen, so darf das durch trockenes Schleifen warm gewordene Werkzeug niemals ins Wasser getaucht werden. Es entstehen dadurch an der Schneide feine unsichtbare Risse, die sich erst später, wenn das Werkzeug arbeitet, bemerkbar machen; die Schneide bricht aus. Um die Schnittfähigkeit der Schneide dem Werkzeug zu erhalten, ist weit vorteilhafter, das Schleifen zu unterbrechen und das Werkzeug zur Abkühlung der Schneide auf die Seite zu legen.

Durch Abziehen der Schneide und Entfernen des beim Schleifen entstandenen Grates wird ihre Schnittfähigkeit erhöht; ferner ihre Lebensdauer verlängert.

### Ausglühen

Werkzeuge, die wieder weich werden sollen, sind in Kästen in Eisenspäne verpackt im Muffelofen auszuglühen. Zum Verpacken ist kein Holzkohlenstaub zu verwenden. Er entwickelt während der Glühung Gase, die das eingepackte Werkzeug an der Oberfläche mit Kohlenstoff bereichern, durch dessen übermäßige Anhäufung findet eine Gefügewandlung statt, die für das Werkzeug nachteilig ist. Davon werden die Schneiden brüchig, bröckeln ab und sind nicht widerstandsfähig genug, bei der Zerspannung in das zu bearbeitende Werkstück einzudringen.

Als Kasten zum Einpacken der Werkzeuge können Rohrstücke, die zu beiden Seiten mit Deckeln versehen sind, verwendet werden. S.

## Quecksilberdampfgleichrichter

**G**leichrichter haben den Zweck, pulsierenden Wechselstrom direkt in Gleichstrom überzuführen; sie erfüllen diese Aufgabe in verschiedener Weise und finden vielfach Anwendung zum Laden von Akkumulatoren, zum Betriebe von Kino-Apparaten, in der Elektrolyse chemischer Betriebe, in der Radiozentralen.

Besondere Bedeutung haben die Quecksilberdampfgleichrichter erlangt, welche für kleine, mittlere und größte Leistungen gebaut werden. Ihre technische Entwicklung wurde von dem Amerikaner C. Hewitt im Anfang dieses Jahrhunderts eingeleitet. Dabei entstand zunächst die Glasgefäß-Ausführung für kleine und mittlere Leistungen: „Ein luftleeres birnenförmiges Glasgefäß mit seitlichen Armen für die Anoden bildet den Raum für die Quecksilberverdampfung und für den Lichtbogen, welcher

sich von den Anoden zu der im tiefsten Teil des Gefäßes befindlichen Quecksilber-Kathode schwingt. Dieser Zustand wird durch eine Vorzündung eingeleitet. Durch Rippen des Gefäßes bringt man das Quecksilber der Kathode mit einer Zündanode in Berührung, so daß beim Zurückkippen ein Hilfslichtbogen gezogen wird, welcher das Quecksilber erhitzt und eine teilweise Verdampfung des Quecksilbers einleitet. — Da das Quecksilber ein Metall ist, so bewirkt die Erhitzung nicht nur eine Verdampfung, sondern es treten auch Elektronen aus, welche den Weg von der Kathode bis zu den Anoden überbrücken und dem nunmehr: ansehenden Hauptlichtbogen als Träger dienen. Hierbei brennt der Lichtbogen immer von derjenigen Anode, welche augenblicklich die höchste Spannung führt, in der Richtung stets zur Kathode strebend, so daß man diese Gleichrichtung des Wechselstromes mit einer Ventil-Wirkung vergleicht.“ — Die Forschung schürft natürlich tiefer: „Danach findet zwischen den Quecksilberdampfmolekülen und den viel schneller aus dem Kathodenpiegel herauschleuderten Elektronen eine Stoßionisation statt, d. h. die Elektronen erzwingen bei einem Teil der Quecksilberdampfmoleküle durch Ausprall eine Atomspaltung in positive Ionen und negative Elektronen, wobei die Ionen mit ungeheurer Gewalt in den weißglühenden Kathodenfleck des Quecksilberpiegels zurückstürzen und als richtungbestimmende Träger des Stromtransportes gelten. — Während nur ein kleiner Teil der Quecksilberdampfmoleküle der Stoßionisation zum Opfer fällt, kondensiert der weitaus größte Teil an den Wänden des Gefäßes und kehrt im Kreislauf als flüssiges Quecksilber zur Kathode zurück.“ —

Dieser Glasbirnen-Ausführung der Gleichrichter ist aus Herstellungsschwierigkeiten bei etwa 500 Ampere Stromtransport eine Baugrenze gezogen. Deshalb hat schon C. Hewitt vor dem Weltkriege die eiserne Gefäß-Ausführung für große Leistungen konstruktiv ausgebildet, während deutsche Firmen nach dem Kriege gefolgt sind. — Große Leistungen werden in der Gleichrichtung, insbesondere zur Speisung von Straßenbahnneben aus Drehstromzentralen verlangt, wobei die eiserne Gefäß-Ausführung vorherrscht. — Nachdem wir das Prinzip der Gleichrichtung erläutert haben, wird es dem Leser nicht schwer fallen, der Schilderung einer Gleichrichter-Station mit mehreren Einheiten zu folgen. Als Beispiel wählen wird die Gleichrichter-Station der Essener Straßenbahn, Hohenburgstraße in Essen.

In dieser Station genügen 600 cbm umbauten Raumes, um 4000 Kilowatt hochgespannten Drehstrom von 25 000 Volt Spannung in Gleichstrom von 600 Volt umzuwandeln. Für diese Leistung sind 4 eiserne Gleichrichter je 1000 Kilowatt vorgesehen. — Anschaulich stehen 4 zylindrische Gefäße von etwa 1 1/2 m Durchmesser und 2 1/2 m Höhe vor uns. — Kein Geräusch — kein Maschinenlärm stört unser Ohr. — Stumm verrichten diese Sklaven moderner Technik in gigantischem, unsichtbarem Ringen ihre Arbeit. Sie

zwingen den wilden Wellenthythmus des Drehstromes in die gedämpfte Bahn des Gleichstromes, welcher aus der Kathode austritt und über die Oberleitung der Straßenbahn die Motoren treibt, um dann über den Schienenstrang als Rückleitung im Sternpunkt des Transformators zu endigen. Der Transformator hat bei Gleichrichtern für Straßenbahnbetriebe ein besonderes Gepräge. Entsprechend den eigenartigen Belastungsverhältnissen wird die Wicklung des Transformators so unterteilt, daß der dreiphasige Drehstrom in 12 Zweigen als sogenannte 12 Anodenschaltung den 12 Anoden des Gleichrichters zugeführt wird, während Glasgefäße höchstens mit 6 Anoden ausgeführt werden können. Hierdurch zeigt die konstruktive Ausführung des eisernen Gefäßes wesentliche Abweichungen von dem Glasgefäß. — Das eiserne Gefäß ist doppelwandig und wasserumspült zur Abführung der Wärmemengen, welche bei der Gleichrichtung freiwerden. Eine besondere Kühlanlage kühlt das umlaufende Kühlwasser. Unter diesen Umständen stellt die Aufrechterhaltung des luftleeren Raumes im Innern des Gefäßes hohe Anforderungen an die konstruktive Ausbildung, da 12 Anoden (die Zündanoden) und die Kathoden-Zuführungen sorgfältig abgedichtet sein müssen. Eine eigenartige Vakuum-Pumpenanlage saugt beständig an allen Dichtungen, denn die Elektronen fordern bei ihrer Arbeit einen autarkisch abgesperrten Raum — ein Vakuum von möglichst 0,001 mm Quecksilbersäule Unterdruck. — Aber trotz aller technisch erforderlichen Zusätze Einrichtungen arbeitet eine solche Gleichrichter-Station in hohem Maße wirtschaftlich, zumal eine wunderbare Automatik von Schaltern und Relais in der sogenannten „Warte“ einem einzigen Wärter die Ueberwachung der Gesamt-Station mühelos ermöglicht. Diese zauberhafte Mechanik mit kommandoartigen Fernschaltungseinrichtungen zur automatischen Ein- und Ausschaltung von unbedienten, fernliegenden Unterstationen mit Einzelgleichrichtern, schaltet mit unerbittlicher Konsequenz im Sinne der Rationalisierung die menschliche Arbeitskraft aus und läßt uns nur den Trost, im Gleichrichter ein Symbol als Wegwaiser zu erkennen, wie widerstrebende Energien in positiv gleiche Richtung gezwungen werden.

Oberkampf, Essen.

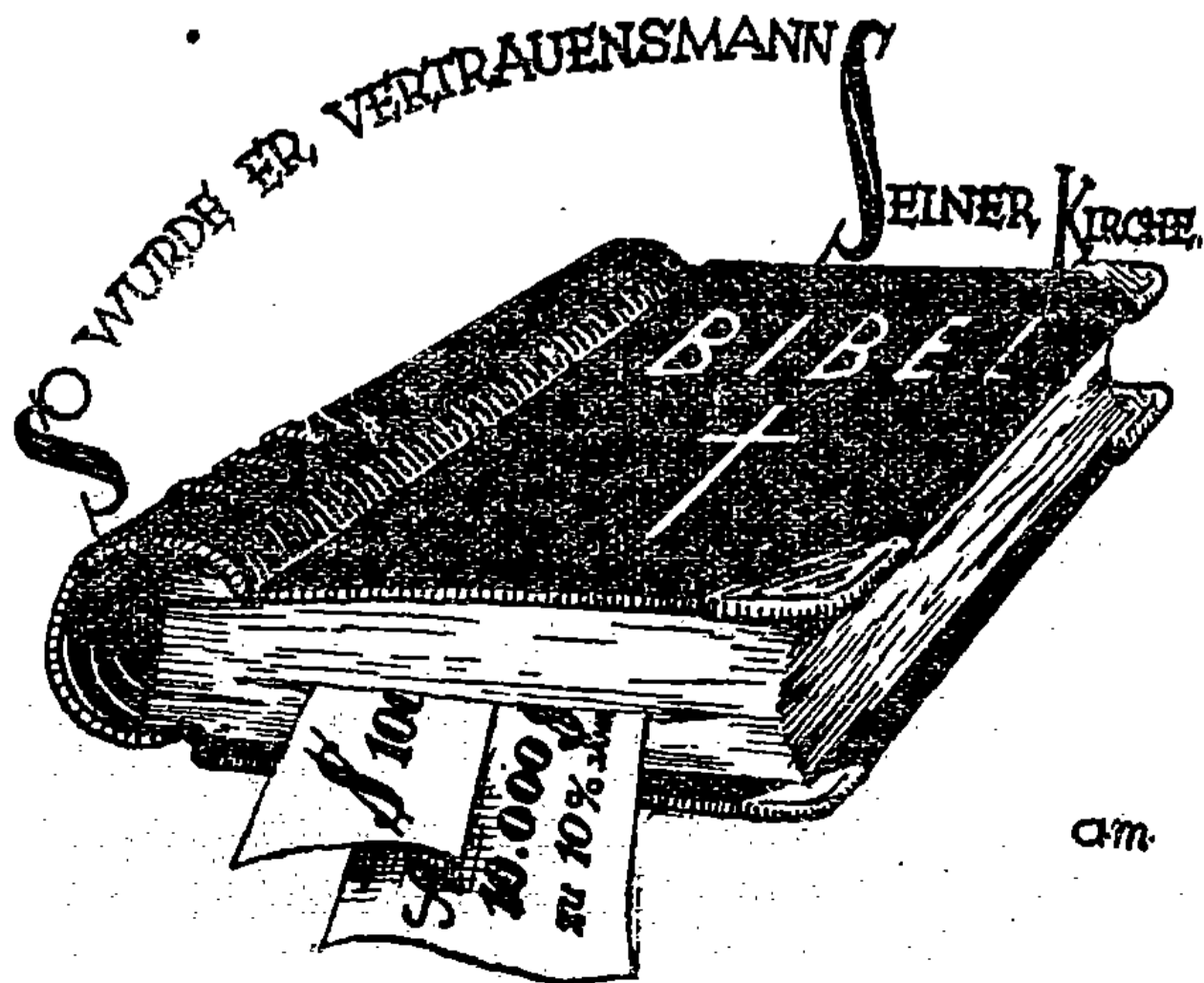
### Aus der Geschichte des Fingerhuts

Der Fingerhut, klein und unscheinbar, ist ein unentbehrlicher Gebrauchsgegenstand, und es lohnt sich wohl, seinem Ursprung und seiner Entwicklung einmal nachzugehen. Wir können ihn, so schreibt die „Frauenzeitung der Provinz Sachsen“, aus unserm Dasein nicht wegdenken, und es wundert uns deshalb nicht, daß er schon im 12. Jahrhundert erwähnt wird. Die heilige Hildegard, eine fromme und gelehrte Frau, erwähnt den „Fingerhuth“ in einem von ihr verfaßten Wörterbuch, das

### Wallstreet

(Fortsetzung von Seite 600.)

Genau so emsig wie wochentags im Geschäft, arbeitete er Sonntags „im Weingarten des Herrn“. Wie macht ein Rockefeller das? Indem er den Weingarten richtig finanziert. Der in Eriestreet war hypothekarisch so überlastet, daß die Gläubiger mit Zwangsversteigerung drohten; John D., dieser kolossale Magnet, um Geld aus den Leuten herauszuziehen, brachte innerhalb der Gemeinde selbst in letzter Stunde die nötige Summe auf,



und sanierte den Betrieb. So wurde er Vertrauensmann seiner Kirche. „O, John war ein Pumpgenie“, erzählte der bewundernde Clark noch Jahre später. Und Jahre später hatte er diese zähe Suggestivkraft noch bitter nötig, sogar weit in die Zeit der „Standard Oil“ hinein, mit ihrem stets überspannten Kredit. Bei den Riesensummen, die der rasende Aufkauf konkurrierender Raffinerien verschlang, hing oft alles davon ab, Gläubiger zur Annahme von „Standardaktien“ statt Bargeld zu bewegen, ob es nun um gigantische oder lächerliche Beträge ging.

Hier begann das Misshagste im Wesen Rockefeller seine Magie, sie schuf Schicksal. Wer es mißpürte, hatte ausgejagt. Von den Brüdern Huntington waren feuersichere Dächer für neue Schuppen der „Standard Oil“ geliefert worden. Der eine Bruder: Hugh, bestand auf Barzahlung seiner Rechnung, der andere: John, ließ sich endlich von Rockefeller überreden, ein paar tausend Dollar in Aktien zu nehmen. Er wurde dadurch automatisch Multimillionär, weil jeder der alten Stammaktien Rechte verließ an die 33 späteren Tochtergesellschaften. Von diesen schüttete die „Indiana Standard“ in einem Jahr allein 2900 Dividende aus. Der Bruder Hugh mit dem Bargeld starb relativ arm.

Ein Sparkampf, ein Zusammenziehen jeder Zelle aufs engste, wechselfeind mit der ungeheuersten Expansion, verströmen, wo es not tut, ergibt den Lebensrhythmus im großen Gekpolypen der „Standard Oil“. Auch jedes Talent wurde sofort am Kragen gepackt und mit überlegener Menschenkenntnis gerade dorthin geführt, wo es am einträglichsten wirken konnte. Ein „boy“ im Vorzimmer der Büros errechnete einmal in freien Minuten auf einem Blatt Papier die Gesamt-Gesetzungs-Kosten für eine Tonne Kerosin nach neuer Methode und zeigte John D. schüchtern seinen Zettel. Dieser Zettel veranlaßte die Gründung des ersten statistischen Büros in der Union. Den kleinen „boy“: W. E. Benis aber ließ Rockefeller nicht mehr aus, machte ihn später zum Vizepräsidenten der „New York Standard Oil“, als welcher er den großen ostasiatischen Oelkrieg gegen Sir Henry Deterding von der „Royal Dutch“ führen durfte. Eine hübsche Karriere. Geschäftliche Begabung allerersten Ranges ist eben so erschrecklich rar gefast, daß sie um ihren eigenen Preis gehalten werden muß. Den höchsten Preis also. Möge es wie immer mit Genies auf anderen Gebieten bestellt sein, das merkantile Genie läßt sich niemals ausbeuten — sonst wäre es ja keines. Doch auch bescheidenere Spürsinn,

zumelst Gebrauchsgegenstände behandelt. Im Jahre 1848 grub man einen Fingerhut auf der Burg Lannenberg an der Bergstraße aus. Da die Burg im Jahre 1399 zerstört wurde und nicht wieder aufgebaut worden ist, dürfte der aus Bronze gegossene Fingerhut aus dem 14. Jahrhundert stammen. In der Form ähnelt er dem heutigen Fingerhut, nur etwas breiter ist er. Um 1462 tauchten in Nürnberg die ersten „Fingerhüter“ oder Fingerhutmacher auf. 1574 werden sie als besonderes Gewerbe genannt und bekommen als solche ihre eigenen Gesetze. Besonders einträglich scheint aber das Gewerbe der „Fingerhüter“ nicht gewesen zu sein, das geht aus einem Verse aus dem Jahre 1621 hervor:

„Die Bader, Küfer, Fingerhüter  
bringen zusammen nicht viel Güter.“

Seilgeboten wurden Fingerhüte viel auf Jahrmärkten, denn in einem Fastnachtsspiel aus dem 15. Jahrhundert erklärt ein Krämer:

„Ich han gut Schnur in das Unterhemd,  
auch han ich Nadeln, Bürsten und Kämm',  
Fingerhut, Taschen und Kesteln viel,  
Seftlein und Säcklein, wie man will!“

Im Germanischen Museum finden wir einen Fingerhut, zierlich, eng und spitz, reich verziert und mit einem Sprüchlein versehen: „Wen Got wil, so ist er mein Zil.“ Dazu die Jahreszahl 1595. An gleicher Stelle wird ein Riesenfingerhut aufbewahrt, der einen Silbervergoldeten, schön getriebenen Pokal vorstellt. 1568 stifteten ihn die Brüder Gewandschneider dem Schneiderhandwerk.

Der Fingerhut aus edlem Metall, reich verziert, war früher ein beliebtes Geschenk vornehmer Herren für ihre Auserkorenen. Er war als Geschenk nicht gefährlich wie die Schere, die Liebe und Freundschaft zerschneidet. Ein richtiges Kunstwerk der Goldschmiedekunst fertigte der Amsterdamer Goldschmied Nikolaus van Benschoten als Geschenk für seine Liebste an. Natürlich waren solche reichverzierten Fingerhüte mehr Schaustücke, als daß sie dem Gebrauch dienten.

Die Fingerhüter betrieben ihr Handwerk hauptsächlich in Nürnberg, Köln und Holland. Nun hat schon lange die Maschine die Fingerhüter durch fabrikmäßige Herstellung der Fingerhüte abgelöst. In Aachen und im Jülichchen wird sie besonders betrieben.

## Bekanntmachung

Sonntag, den 30. Oktober 1932, ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderung!

Lübenscheid. Unser Büro befindet sich jetzt Lützenstraße 31.

Berlin. Christlicher Metallarbeiterverband, Bezirksleitung und Ortsverwaltung Berlin II: Unsere neue Telefonnummer ist A 6 Merkur 3666.



## Spanien!

Gesucht junger, unternehmungslustiger

## Fachmann

Irgendeiner Spezialität der Elektrotechnik (entl. auch anderer Branche), möglichst mit etwas Kapital. Es handelt sich um Gedankenaustausch mit jungem Kaufmann in europäischem Ausland zwecks eventueller Fabrikation dafelbst. Zuschriften erbeten an die Redaktion dieses Blattes unter Chiffre Nr. 23.

## Inhaltsverzeichnis

### Der Deutsche Metallarbeiter:

#### Hauptteil:

Klassenkampf oder nationale Arbeitspolitik (S. W.), S. 593. Ein Viertel Teelöffel sozialer Medizin (W. R.), S. 595. Volkswirtschaftliche Kaufkraft und Senkung des Lohnniveaus (Dr. Küpper), S. 596. Ein Offener Brief an Herrn von Papen (W.), S. 597.

#### Aus den Betrieben:

Schlimmer als Kommunisten [Stolberg] (ng.), S. 597. Zum Arbeitskampf beim Kabelwerk Duisburg (W. K.), S. 598. Eine gelbe Palastrevolution in Lippstadt (S.), S. 599.

#### Verbandsgebiet:

Mannheim vorwärts (D.), S. 599. Unser Heubl Max, Freising (W. B.); Malbergen, Bezirk Osnabrück (Vertrauensmann S. K.), S. 600.

#### Unterhaltung:

Wallstreet (Sir Galahad), S. 598.

### Wirtschaft — Technik:

Aus der Praxis der galvanotechnischen Verchromung (D.), S. 601. Härterisse und anderes an Werkzeugen aus Schnellarbeitsstahl (S.), S. 602. Quecksilberdampfgleichrichter (Oberkamp, Essen), S. 602. Aus der Geschichte des Fingerhuts (... r.), S. 603.

#### Bekanntmachung:

Seite 604.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapelhor 17. — Druck: Echo-Verlag und Druckerei. a. G. m. b. H., Duisburg.

besonders Sparfönn, erhielten Platz und Rang. Ein Fachmann in der Brooklynner Kannenfabrik zeigte einmal, wie es möglich sei, den Deckel einer Oelkanne statt wie bisher mit 40 mit nur 39 Tropfen Ötflüssigkeit zu befestigen. Rockefeller umarmte ihn fast, denn der eine Tropfen per Kanne ersparte dem Betrieb jährlich viele Tausende Dollar.

Sinekuren, Protektion, Ruhepöfchen hat es in der „Standard Oil“ nie gegeben, keiner erhielt dort je mehr als er dem Unternehmen als Kraft wert war, so wenig wie die Dynastie Rockefeller im Privatleben je ein Trinkgeld gegeben hat. Nachdem 10% in den Restaurants obligatorisch geworden waren, doch darüber keinen Cent, puritanischer Seelenlage schiene das Verlotterung. Gigantische Bestechungen, auch Schwelgegelde gibt man, weil sie nötig sind Unnötiges aber ist sündhaft. Unnötig ist es, etwa Licht in einem unbenützten Raum zu brennen, also wird jede Dienstperson mit einer Geldbuße belegt, die es zu löschen vergißt, und Rockefeller jun. hält in seinem Palast in der Fifth Avenue jeden Abend vor dem Schlafengehen persönlich Lichterinspektion.

John D. II., einziger Sohn solch puritanischer Inzucht, brachte es natürlich fertig, auf der Universität von seinen 100 Dollar Monatsgeld für Wohnung, Nahrung, Kleidung, Studium die Hälfte zu ersparen. Auch er heiratete wieder so puritanisch als glücklich, und bei seinem Hochzeitdiner floß nichts in Strömen als — Wasser. Seine 6 Kinder erhielten von ihrem 8. Jahr an 30 Cent Wochengeld, und zwar 10 Cent für Wohltätigkeit, 10 Cent zum Ersparen, 10 Cent zum Ausgeben. Ueber die genaue Verwendung mußte Buch geführt und jede Woche Rechnung gelegt werden. Stimmt Summen und Verwendung, erhielt das Kind eine Belohnung, wenn nicht, eine Geldstrafe. Bis zum 15. Jahr hat keines je ein Theater oder Kino besucht.

Das älteste, John D. III., jetzt Student an einer billigen Universität, wollte einmal in einem italienischen Gasthaus, wie das in Amerika üblich ist, mit einem Scheck seinen Lunch bezahlen. Der Wirt sah sich die Unterschrift an, dann den mehr als schlichten Jüngling und bekam einen Wutanfall: „Diel hab' ich schon erlebt mit jungen Leuten“, schrie er, „einer ist mit einem Scheck von George Washington dahergekommen, ein anderer Scheck war mit Julius Caesar unterschrieben, aber mit John D. Rockefeller zu unterschreiben, so eine Frechheit war noch nicht da.“ (Winkler.)

(Fortsetzung folgt.)